

»Angriff
von Rechts«



JUGEND OFFENE ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

www.offene-jugendarbeit.net

INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 6 MORITZ SCHWERTHELM, GILLIAN ZIMMERMANN,
NILS SCHUHMACHER**
Politische Einflussnahmen und Angriffe von AfD und
anderen Akteuren auf die Offene Jugendarbeit
- 20 WILFRIED DUCKSTEIN**
Jugendhilfeausschuss Hannover unter Leitung der AfD –
Herausforderungen, Erfahrungen, Reflexionen
- 28 ROMY NOWAK, KAI DIETRICH**
MUT – zur kritisch-demokratischen Bildung
in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- 40 TOBIAS BURDUKAT**
Die Hintertür gegen Rechtsextremismus
- 48 THEA KOSS**
Jugendzentren im Visier

Titelfoto:

#unteilbar / Demonstration in Erfurt, 15. Februar 2020

https://unsplash.com/photos/evh_kOrhMr8





Zur Einführung

Bei einer kleinen empirischen Studie in einem baden-württembergischen Landkreis wurde uns vor etwa zehn Jahren bei einem Interview von einem Beamten des Polizeilichen Staatsschutzes erklärt, dass es im Landkreis höchstens zehn jüngere, gewissermaßen suspekten Personen gebe, insofern sie einen lockeren Kontakt zur rechtsradikalen Szene unterhalten würden. Man habe sie auf dem einen oder anderen Konzert beobachtet. Einige Tage später wurde uns eine gehackte Kundenliste eines einschlägigen Versandhandels gezeigt, mit mehr als hundert Kunden aus dem Landkreis.

Ob sich die Wahrnehmung der zuständigen Behörden – Polizei und Justiz – in der Zwischenzeit etwas geschärft hat, können wir nicht beurteilen, befürchten aber, dass den Recherchen der „Zeit“ eine hohe Plausibilität zukommt. Danach wird der politische Hintergrund weniger spektakulärer Straftaten nach wie vor eher zögerlich in den Ermittlungen berücksichtigt. Sie fließen daher in die offizielle Statistik (2018: 19.400, 2019: 19.409 Straftaten laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz) nicht mit ein.

Andererseits ist kaum zu bestreiten, dass die Auseinandersetzung mit sogenannten rechtspopulistischen, rassistischen und rechtsradikalen Umtrieben in der öffentlichen und parlamentarisch-politischen Diskussion inzwischen intensiver geworden ist. Nach vielen großen Auftrieben (z.B. Pegida), v.a. aber nach den Wahlerfolgen der AfD war

es kaum noch möglich, diese Entwicklungen als vorübergehend, die politisch motivierten Straftaten als „abscheuliche“ Entgleisungen von Einzeltätern und Einzeltäterinnen bzw. von Gruppen aus eher schwierigen sozialen Verhältnissen zu bagatellisieren. Die noch junge Diskussion über eine „Rassismusstudie“ zur Polizei in der Bundesrepublik nach einigen schwerwiegenden „Vorkommnissen“ zeigt aber, wie schwierig es bleibt, dieses Thema zu beackern. Die Forderung nach einer solchen unabhängigen, wissenschaftlichen Untersuchung wurde lange vom zuständigen Minister abgebügelt. Dabei wurde kolportiert, dass dieser Forderung ein Generalverdacht gegenüber allen Polizeibeamtinnen und -beamten zugrunde liege.

Nun ist diese „große“ Politik nicht unmittelbar Thema dieses Heftes. Es geht vielmehr um die Frage, ob diese Entwicklungen, die wachsende Präsenz rechter „Themen“ innerhalb der Parlamente und im zivilgesellschaftlichen Bereich, ob die Tatsache, dass autoritäre Sichtweisen auch in konservativen Milieus zunehmend salonfähig werden (im Umlauf waren sie immer schon), Einfluss auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit haben.

In der Fachdiskussion wird dies bejaht, wobei mehrere Ebenen voneinander unterschieden werden. Eine aktuelle Studie von **Christoph Gille** und **Birgit Jagusch** zur Situation in Nordrhein-Westfalen kommt zu dem Ergebnis, dass sich auf der parlamentarischen Ebene die Angriffe auf die Offene

Kinder- und Jugendarbeit häufen. Sie zielen sowohl auf Inhalte (z. B. antirassistische, gender- und queersensible Angebote), als auch auf die Finanzierung der Arbeit. Beobachtet werden könnten auch Versuche, sich in die Organisation und Durchführung von Angeboten einzumischen, um diese inhaltlich zu verändern – eine Möglichkeit, die in der partizipativen Offenen Kinder- und Jugendarbeit selbstverständlich immer gegeben ist.

Festgestellt werden aber auch „interne Einflussnahmen“. Auch in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit tummeln sich vereinzelt Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit einer nicht zu übersehenden Nähe zur rechten Szene (wobei auch dies kein neues Phänomen ist). Schwerwiegender, weil folgenreicher dürfte sein, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigene problematische Einstellungen nicht hinreichend reflektieren, was zu zumindest subtilen, in der Regel ungewollten Diskriminierungen im pädagogischen Alltag führt. Dies ist auch ein Ergebnis der Entpolitisierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die aus unserer Sicht die Entwicklung des Arbeitsfeldes seit langem begleitet. In den in der Studie erhobenen Daten finden sich jedenfalls vielfältige Belege für geradezu „klassische autoritäre Vorstellungen“, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern transportiert werden. Noch häufiger sei festzustellen, dass bei Diskriminierungen durch Kolleginnen und Kollegen oder durch Jugendliche nicht eingeschritten wird – sei es, um Konflikte aus dem Weg zu gehen, sei es deshalb, weil man oder frau es gar nicht bemerkt.

Ein weitere Ebene der Einflussnahme, die nicht zu unterschätzen ist, sind unmittelbare Angriffe, die sich gegen Einrichtungen,

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Besucherinnen und Besucher richten. Dazu gehören der Missbrauch von Fassaden, die aufwändig wieder gereinigt werden müssen, Pöbeleien, handfeste Auseinandersetzungen bis hin zum Molly, der vor die Eingangstür geworfen wird.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Autoren und Autorinnen betonen ausdrücklich, dass sie damit keinen Mainstream für die Offene Kinder- und Jugendarbeit beschreiben. Zumal die Vielzahl an Angeboten, die sich ausdrücklich gegen rechte, autoritäre Einflussnahmen auf Kinder, Jugendliche und auf das Gemeinwesen wenden, hier unberücksichtigt bleiben. Trotzdem sind diese Entwicklungen aus ihrer Sicht bedenklich und dürfen nicht unwidersprochen hingenommen werden (vgl. dazu **Steffen Poetsch** u. a., Landnahmen der Neuen Rechten in der Kinder- und Jugendarbeit. In: Forum für Kinder- und Jugendarbeit, 36 Jg., 2. Quartal Juni 2020, S. 8 – 15. **Lynn Berg, Andreas Zick, Hrsrg.**, FGH-Studie. Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 03. Autor/Autorin; **Christoph Gille, Birgit Jagusch** und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Düsseldorf 2019).

Zu den Beiträgen

Wir konzentrieren uns in diesem Heft auf zwei Aspekte. Zum einen auf die Versuche politischer Einflussnahme auf den unterschiedlichen Ebenen, zum anderen darauf, welche Erfahrungen Träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, welchen Angriffen und Interventionen sie konkret ausgesetzt sind.

Moritz Schwerthelm, Gillian Zimmermann, Nils Schuhmacher fassen die Ergebnisse einer empirischen Erhebung zu-

sammen, die sie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. im vergangenen Jahr durchgeführt haben. Die erhobenen Daten zeigen zum einen, wie politische Interventionen aus unterschiedlichen Richtungen (nicht nur von rechtsaußen) sich gegenseitig verstärken können und so den Gestaltungsspielraum der Offenen Arbeit vielerorts einschränken. Zum anderen wird deutlich, welche besonderen Bedingungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dazu beitragen, dass solche Interventionen besonders wirksam werden können. Die Analyse gibt aber auch den Blick frei darauf, wie die Offene Arbeit gezielt dagegenhalten kann.

Wilfried Duckstein berichtet über seine Erfahrungen im Jugendhilfeausschuss in Hannover, dessen Vorsitz nach den Kommunalwahlen 2016 eher zufällig an die AfD gefallen ist. Ihre Interventionen dort sind rassistisch motiviert und zielen unter der Fahne „Neutralitätsgebot“ darauf, emanzipatorische, politische Jugendarbeit zu denunzieren und finanziell zumindest einzuschränken. Sein Beitrag schließt mit einigen konkreten Vorschlägen zu einer Strategie des Dagegenhaltens.

Tobias Burdukat erläutert sein Verständnis von Offener Jugendarbeit, die Grundlage des von ihm vor Jahren gestarteten anti-rassistischen Projekts „Dorf der Jugend“ in

Grimma bei Leipzig. Rechtsextremismus ist aus seiner Sicht nur die extremste Form einer ansonsten weitverbreiteten „Menschen- und Demokratiefeindlichkeit“, die „Spitze eines Eisbergs“. Will Offene Kinder- und Jugendarbeit Rechtsextremismus nachhaltig etwas entgegensetzen, benötigt sie ein umfassendes emanzipatorisches Konzept.

Romy Nowak und **Kai Dietrich** resümieren ihre Erfahrungen beim Arbeitsbereich „Mut – Fortbildung, Beratung, Strategieentwicklung zur Prävention gruppierungsbezogener Ablehnungen“ der AGJF Sachsen e.V. Sie beschreiben zunächst Anlässe für Beratungsprozesse örtlicher Träger und Einrichtungen, wie sich Ablehnungshaltungen bei Jugendlichen konkret äußern und wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf bezogene Handlungskompetenzen verstärken können. Ihre These ist, dass in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Methoden im engeren Sinn hier wenig hilfreich sind. Es geht vielmehr darum, „den Raum und die dort stattfindenden Interaktionen“ aufmerksamer zu beobachten und „auf dieser Grundlage Gelegenheitsstrukturen für demokratische Bildungs- und Aneignungsprozesse zu schaffen.“

Thea Koss beschreibt anhand einiger Beispiele, was passiert, wenn Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit ins Visier ihrer „Gegner“ geraten.

Politische Einflussnahmen und Angriffe von AfD und anderen Akteuren auf die Offene Jugendarbeit

Als öffentlich gefördertes Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe ist die Offene Kinder- und Jugendarbeit Gegenstand und Akteurin der Jugendhilfe und Kommunalpolitik. Dem öffentlichen Träger kommt per Gesetz eine Verpflichtung zur Bereitstellung von entsprechenden Angeboten zu. Was jedoch eine „angemessene“ (§ 79 Abs. 2 SGB VIII) und „erforderliche“ (§11 Abs. 1 SGB VIII) Bereitstellung dieser Angebote ist, regelt das Bundesgesetz nicht. Der Umfang ist also Aushandlungssache. Auch aufgrund dieser Nicht-Klärung ist das Arbeitsfeld schon immer Ziel politischer Einflussnahmen. Über jene Interventionen hinaus, die ihren Ursprung im Steuerungsgeschehen der Kinder- und Jugendhilfe haben, entsteht in der OKJA ein weiteres Einfallstor politischer Interventionen, das mit den Prinzipien der Parteilichkeit und Anwaltschaftlichkeit gegenüber jungen Menschen zusammenhängt: Da es ihr Auftrag ist, die politischen Artikulationen ihrer Nutzer*innen zu fördern und ggf. stellvertretend vorzubringen, birgt OKJA einen politischen Kern, der von anderen politischen Akteuren als unliebsam empfunden werden kann. Sie wird damit zu einem gesellschaftlich umkämpften Feld und ihre Ziele und Aufgaben sind fachlich und politisch umstritten. Historisch zeigte sich dies prominent in der Jugendzentrumsbewegung der 1970er Jahre (TEMPLIN 2015).

Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren Berichte aus der Fachpraxis über po-

litische Infragestellungen, Einflussnahmen und Angriffen von ‚rechts außen‘¹ mehren. Hier einen Zusammenhang zu den parlamentarischen Erfolgen der AfD herzustellen, liegt nahe. Es fehlen bisher jedoch aussagekräftige Studien, die beschreiben können, wie es zu diesen Interventionen kommt, welche Akteure daran beteiligt sind, welche Themen dabei eine Rolle spielen, welche Ziele verfolgt werden und welche Auswirkungen damit einhergehen.

Gefördert von der Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. wurde deshalb 2020 eine bundesweite qualitative Fragebogenerhebung unter Einrichtungen und Trägern der OKJA durchgeführt. In dieser wurde die Fachpraxis nach ihren Erfahrungen mit politischen Interventionen in den letzten fünf Jahren befragt. Erhoben wurden die Akteure, die Arenen, die Themen und Anlässe sowie die Formen der Interventionen. Es wurde aber auch um Auskunft darüber gebeten, wie Betroffene mit Einflussnahmen und Infragestellungen umgehen, welche Befürchtungen sie haben, welche Veränderungen sie wahrnehmen, wie Dritte in Fällen politischer Interventionen reagieren und welche Auswirkungen zu verzeichnen sind. Auch wenn der Anlass der Studie in Interventionen von rechts außen bestand, wurde nach politischen Interventionen aller Akteure (auch außerhalb des parlamentarischen Rahmens) gefragt. Damit wurde gewährleistet, dass auch jene Fälle erfasst

werden, die von den Betroffenen erstens nicht als explizit politisch und zweitens nicht als explizit rechts wahrgenommen wurden. Dies ermöglicht, Zusammenhänge zwischen politischen Interventionen und dem alltäglichen Steuerungsgeschehen der Kinder- und Jugendhilfe aufzuzeigen. Außerdem kann so dargestellt werden, dass das Ausmaß an Einflussnahmen und Angriffen dort maßgeblich beeinflusst wird, wo sich politische Akteure aus anderen (oder benachbarten) politischen Lagern, aber auch (Fach-)Behörden und -personen im Rahmen von Infragestellungen und Angriffen zusammenschließen und so zur Entstehung von komplexen vielschichtigen Interventionsgeschehen und ihrer Zuspitzung beitragen.

In diesem Artikel geben wir einen Überblick über die zentralen Befunde des Forschungsprojekts.² Dazu beschreiben wir zunächst unsere Datengrundlage, klären, was wir unter politischen Interventionen verstehen, wie diese sich theoretisch vom alltäglichen Steuerungsgeschehen unterscheiden, und gleichzeitig praktisch Zusammenhänge entstehen lassen. Dabei werden auch die Absichten der Intervenierenden und Bedingungen für erfolgreiche Umgangsweisen von Einrichtungen und Projekten sichtbar.

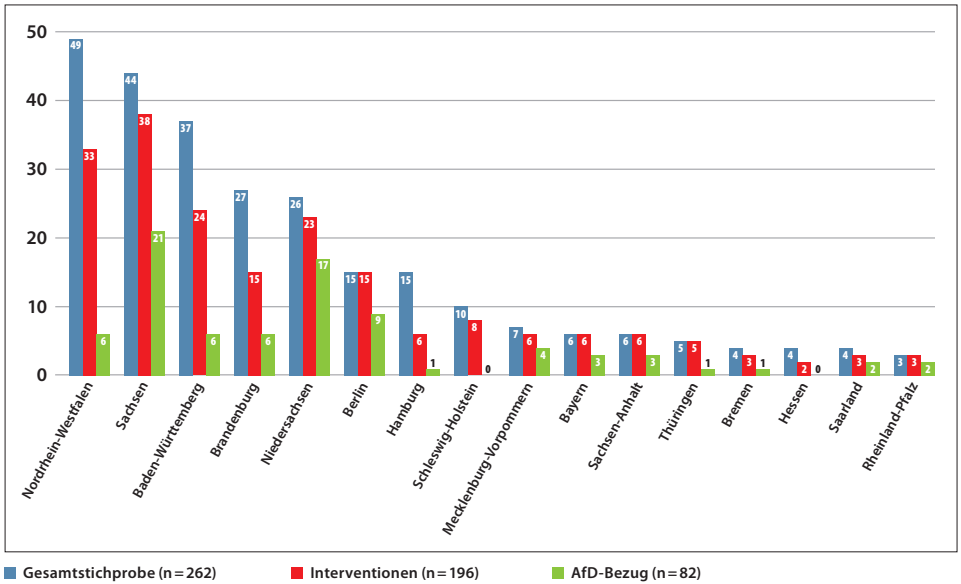
Die Datengrundlage der Studie

Über einen Zeitraum von drei Monaten zwischen März und Mai 2020 wurde ein Fragebogen per E-Mail an Verbände, Träger, Einrichtungen und Projekte sowie über Newsletter, Fachforen und Internet-Plattformen der Kinder- und Jugendarbeit verbreitet. Dabei wurden wir insbesondere von den Bundes- und Landesorganisationen der OKJA unterstützt. Eingehende Antworten wurden bis Ende Juni 2020 berücksichtigt. Insgesamt wurden so 191 Fragebögen aufgenommen. Darin melden 125 Einrichtungen bzw. Trä-

ger ihre Betroffenheit von Interventionsereignissen zurück. In den übrigen 66 Fällen liegt laut eigenen Angaben keine direkte Betroffenheit vor. Allerdings beschreiben auch diese Antwortenden Befürchtungen, Veränderungen und Bedarfe, die sie in Bezug auf Interventionen in der OKJA wahrnehmen. Zusätzlich zu den 125 Fällen aus Fragebögen haben wir 71 weitere Fälle aufgenommen, die auf Grundlage von Hinweisen aus einer Studie von HAFENEGER und JESTÄDT (2020), von Expert*innen im Feld sowie Medienberichten durch das Forschungsteam nachrecherchiert wurden. Inklusive dieser meist einschlägigen und medial thematisierten politischen Interventionen umfasst das Datenmaterial 196 Fälle mit Interventionen sowie die 66 Rückmeldungen ohne direkte Betroffenheit, also insgesamt 262 Datensätze. Davon weisen 82 Fälle einen Bezug zur AfD auf, womit die Partei als ein zentraler Akteur im Interventionsgeschehen der OKJA bezeichnet werden kann.³

Betrachtet man die Verteilung der Fälle nach Bundesländern, ergibt sich ein Bild, das repräsentativ wenig aussagekräftig ist, aber wichtige Hinweise zur Beschaffenheit des Forschungsfeldes liefert. So zeigt **Abbildung 1 (folgende Seite)**, dass besonders jene Länder höhere Rückläufe aufweisen, die über eine gut organisierte Landesorganisation verfügen. Daraus lässt sich also nicht schließen, dass sich in Bayern, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland weniger politische Interventionen ereignen. Auffällig ist jedoch, dass in den Ländern mit ähnlich hohen Rücklaufquoten und ähnlich hohen Fällen von Interventionen die Anzahl der Fälle mit Bezug zur AfD variiert. So weisen in Sachsen 21 von 31 Fällen politischer Interventionen einen solchen Bezug auf, in Nordrhein-Westfalen sind es lediglich 6 von 33 und in Baden-Württemberg 6 von 24.⁴

Abbildung 1: **Stichprobe Intervention und Steuerung**



Die Diskrepanz zeigt auch auf, dass in allen Ländern neben der AfD weitere Akteure aktiv sind. Um welche Akteure es sich handelt, in welchen Arenen sie aktiv sind und welche Formen ihre Interventionen aufweisen, wird im Folgenden dargestellt.

Wer sind die Akteure? Wo und wie intervenieren sie?

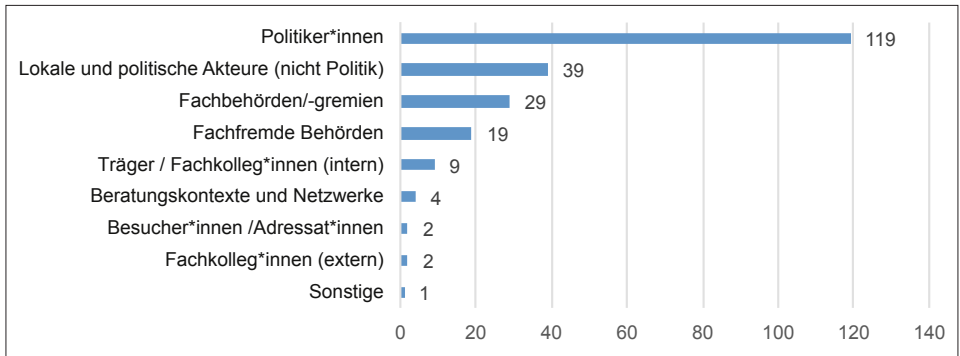
Selbstverständlich ist es nicht nur die AfD, die versucht, politisch Einfluss auf die OKJA zu nehmen, auch wenn sie laut unserer Daten der aktivste Akteur im parlamentarischen Raum ist. Und wie **Abbildung 2** zeigt, sind es auch nicht nur Parteien, die in den Fragebögen als intervenierende oder beteiligte Akteure genannt werden.

Politiker*innen werden zwar am häufigsten erwähnt, in fast der Hälfte der Fälle spielen aber Akteure außerhalb der Parlamente ebenso eine Rolle. Dazu gehören lokale poli-

tische Kollektiv- und Individualakteure wie Parteianhänger, Burschenschaften und neonazistische Gruppierungen, aber auch Fachbehörden und -ausschüsse sowie fachfremde Behörden, Träger und Fachkolleg*innen.

Viele Fälle können nicht nur einer Arena zugeordnet werden und in ihnen tritt auch nicht nur eine Gruppe von Intervenierenden auf. Vielmehr lassen sich in den meisten Fällen multiple Interventionsgeschehen feststellen, die sich in unterschiedlichen Sphären unter Beteiligung unterschiedlicher Akteurskonstellationen vollziehen. **Abbildung 3** bildet diese Arenen ab, wobei die häufige Nennung von Verwaltung und Fachgremien den Zusammenhang von politischen Interventionen und Steuerungsgeschehen in der Jugendhilfe unterstreicht und zusätzlich dem Umstand Rechnung trägt, dass hier die Jugendhilfeausschüsse als wichtige Interventionsarena beinhaltet sind. Erst an zweiter Stelle werden explizit

Abbildung 2: **Akteure von Interventionen und Steuerung**



Arenen der Politik im engeren Sinne genannt.

Dies wird ebenfalls deutlich, schaut man sich an, welche Formen von Interventionen genannt werden. Neben unspezifischen verbalen Angriffen und Infragestellungen, bei denen die Antwortenden keine genaueren Hinweise zum Ort der Intervention liefern, sind es parlamentarische Anfragen und Anträge sowie behördlich-administrative Einflussnahmen, von denen Einrichtungen

und Projekte der OKJA betroffen sind. Darauf folgen öffentlich-mediale Kommentare und Thematisierungen, bspw. in der Lokalpresse oder in Sozialen Medien, aber auch physische Interventionen und Angriffe. In vergleichsweise wenigen Fällen wird Spionage oder Beobachtung betrieben, in dem erwachsene Mitglieder der AfD Einrichtungen oder Veranstaltungen besuchen, ohne sich zu erkennen zu geben und dabei die Gegebenheiten mit der Kamera dokumentieren.

Abbildung 3: **Arenen der Interventionen und Steuerung**

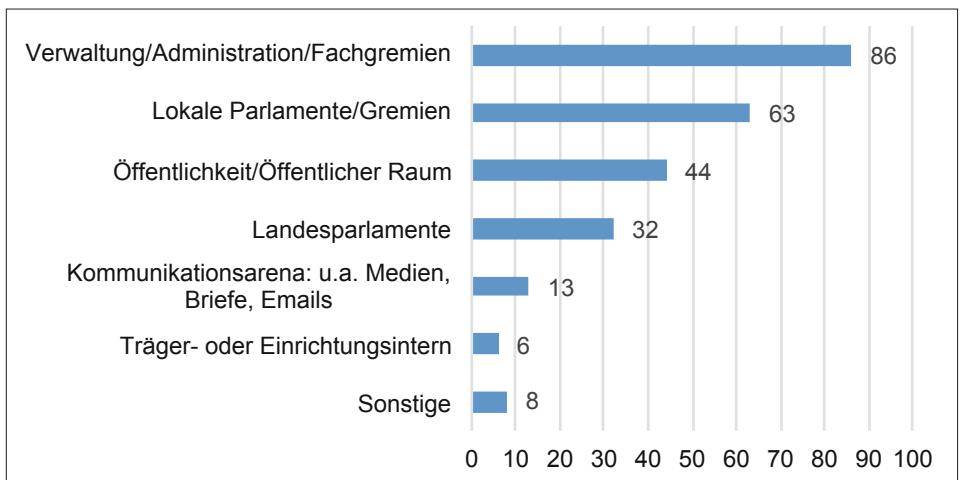
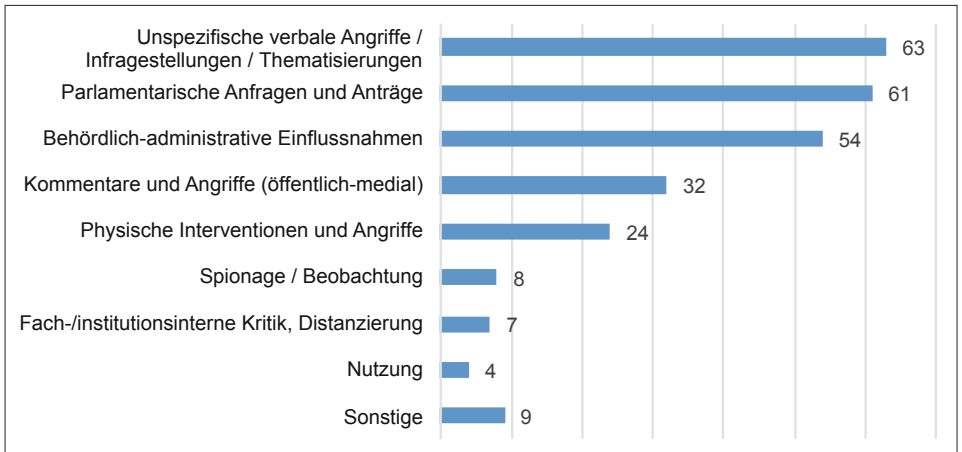


Abbildung 4: Formen von Interventionen und Steuerung



In wenigen Fällen sind es Nutzungsanfragen, die strenggenommen keine Intervention oder Einflussnahme darstellen, aber im Kontext von Interventionen eine Bedeutung erlangen können. So ist in einigen Fällen die Rede von Versuchen der AfD, Räume der Jugendarbeit für öffentliche Veranstaltungen und ‚Bürgerdialoge‘ anzumieten. (Abbildung 4)

Fächert man nun noch einmal die Gruppe der intervenierenden Politiker*innen nach Parteizugehörigkeit auf, entsteht folgendes Bild: Auf die AfD folgen mit großem Abstand die CDU/CSU, dann Bürgermeister*innen (ohne Parteienennung), die NPD und die FDP sowie freie Wählervereinigungen. In den wenigen Fällen, in denen SPD, Grüne und Linke genannt werden, treten diese ganz überwiegend als Unterstützer*innen der OKJA auf. (Abbildung 5)

Diese erste quantitative Sondierung der Daten zeigt die Komplexität des Steuerungs- und Interventionsgeschehens. Mal sind explizit politische Akteure beteiligt, mal verstecken sich politische Absichten hinter fachlichen Entscheidungen in kommunalen Gremien sowie Fachausschüssen

und -behörden. Ihr politischer Gehalt wird erst sichtbar in der qualitativen Analyse der politischen Rahmungen, die durch die Interventionen vorgenommen werden, sowie der damit verfolgten Absichten und ihrer Auswirkungen.

Steuerung oder politische Interventionen: Was die Marginalisierung des Feldes sowie ihrer Adressat*innen damit zu tun hat

Politische Interventionen nehmen nicht selten ihren Anfang im Steuerungsgeschehen der Kinder- und Jugendhilfe bzw. sind darin eingebettet. So beginnen Interventionen in einigen Fällen dort, wo OKJA im Rahmen kommunaler Haushaltberatungen auf die Agenda gerät. Unsere Ergebnisse zeigen, dass dann fiskalpolitische Entscheidungen 1.) mit Vorstellungen einer in Effizienz und Effektivität steigerungsfähigen OKJA verknüpft sind und diese 2.) darüber hinaus mit einem Zurückstellen der Idee des jugendlichen Frei-, Gestaltungs- und Emanzipationsraums einhergeht. Mit anderen Worten: auch rein fiskalisch wirkende Entscheidungen

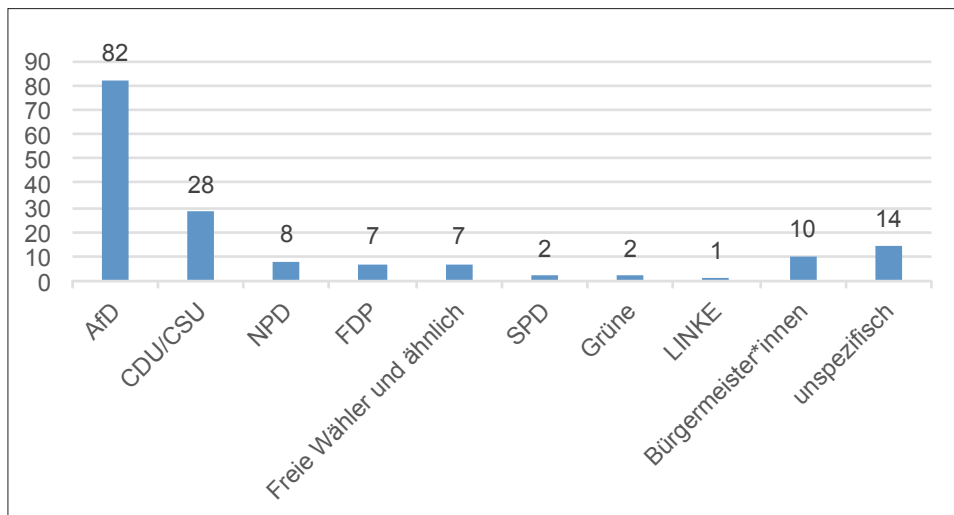
haben inhaltliche Facetten, und ökonomische Logiken stehen hier in Spannung zu pädagogischen und politischen Grundprinzipien der OKJA. Dies wirkt sich zum einen auf die Arbeitsbeziehungen zwischen Fachpraxis und Steuerung aus. Antwortende berichten etwa von der Nichtanerkennung fachlicher Gestaltungskompetenzen, der Etablierung eines Kommunikationsmodus der Anweisung, von Neu-Auslegungen des pädagogischen Mandats entlang von Kunden- oder Präventionsorientierung sowie von Anrufungen zur zielbezogenen Verzahnung mit anderen Arbeitsfeldern. Im gleichen Zuge verändert sich auch die Einschätzung über die Gestaltungskompetenzen von Jugendlichen. Hier scheint politisch vor allem relevant, ob sich junge Menschen ohne größere Mühe in das Bild eines konstruktiv-aktiven oder des nicht weiter auffallenden Gesellschaftsmitglieds einfügen lassen. Eigensinnigkeit und politische Artikulation gelten dann eher als Störfaktor.

Dies verweist schon auf die politische Substanz von Steuerung. Auch wenn Steuerun-

gen als grundsätzlich legitime Strukturierung des eigenen (professionellen) Handelns angesehen und im Kern akzeptiert werden, sind sie implizit politisch. Sie berühren politische Fragen und Sachverhalte. Die Konflikte werden jedoch vorrangig im Gewand der Fachpolitik ausgetragen und verbleiben in der Regel auch im eigenen ‚System‘. Ob steuernde Eingriffe dann als Vorform oder als Variante politischer Intervention wahrgenommen werden, ist einerseits davon abhängig, wie ausdrücklich politische Inhalte thematisiert werden. Andererseits hängt die Interpretation aber auch davon ab, in welchem Maße die Fachpraxis ihrer Profession ausdrücklich ein politisches Mandat zuweist, das zum Beispiel im Bildungsauftrag oder bereits im Parteilichkeitsgebot enthalten ist.

Nichtsdestotrotz lässt sich festhalten, dass inhaltliche wie strukturelle Interdependenzen zwischen Steuerung und politischen Interventionen bestehen, schon allein, weil vielerorts dieselben Akteure beteiligt sind. Wer also über ausdrückliche

Abbildung 5: Intervenierende und steuernde Politiker*innen und Parteien



politische Infragestellungen sprechen will, kann schwerlich die Strukturbedingungen der OKJA ausblenden. Dazu gehören die Marginalisierung des Feldes und eines Teils seiner Adressat*innen sowie die Kontingenz und Hybridität der gesellschaftlichen Funktion von Offener Kinder- und Jugendarbeit (SCHWERTHELM 2021). Impulse, Dynamik und Effekte politischer Interventionsgeschehen sind, so unsere Befunde, in hohem Maße abhängig davon, wie das regelhafte Steuerungsgeschehen der Jugendhilfe ausgestaltet wird.

Inszenierung, Selbstlegitimierung und die Ausweitung reaktionärer Deutungsmuster: Die metapolitischen Absichten der Intervenierenden

In Abgrenzung zur Steuerung geht es bei politischen Interventionen weniger um das Arbeitsfeld an sich. Es wird vielmehr zu einer Kulisse politischer Inszenierung und Selbstlegitimation. Politische Interventionen können verstanden werden als bewusste Machtaktionen zur zielgerichteten Einflussnahme, die durch drei Aspekte gekennzeichnet sind:

- erstens sind diese Machtaktionen mit der Intention der Delegitimierung der anderen Seite und der Selbstlegitimierung verbunden;
- zweitens ist die Legitimität dieser Machtaktionen umstritten und sie werden insofern als Sonderfall wahrgenommen;
- drittens entstehen enge Bezüge zu übergeordneten politischen Themen und Konflikten.

Zu den Absichten der Intervenierenden lässt sich nur vermittelt über die Muster

von Interventionen etwas sagen und es ist somit notwendig, den größeren Rahmen zu bestimmen, in dem sie stattfinden. Für die AfD und andere Akteure ihres Lagers stellen Angriffe auf politisch unliebsame Einrichtungen und Angebote einen Baustein im weitgefassten „Kulturkampf von rechts“ (KELLERSHOHN & KASTRUP 2016) dar. Dieser verfolgt die Etablierung und Ausweitung reaktionärer Deutungsmuster über explizit ‚politische‘ Bereiche hinaus in alle gesellschaftlichen Ebenen des Denkens und Handelns (TERKESSIDIS 1995; WEISS 2017). Ein solcher Kampf um Deutungsmacht ist nicht neu. Der konkrete Verlauf und die Wirkung hängen jedoch von politischen Möglichkeiten und öffentlicher Sichtbarkeit ab. Eben diese werden durch die Inszenierung und Legitimierung in Interventionsgeschehen geschaffen. Insofern fügen sich die Angriffe auf die OKJA thematisch und logisch in eine lange Reihe gleichartiger Angriffe auf Bereiche der Kultur sowie der Politischen Bildung ein, die mit der umfassenden Präsenz der AfD eingesetzt haben. Das Feld der OKJA scheint vor allem dann relevant zu werden, wenn sich dort politische Gegner*innen und abgelehnte gesellschaftspolitische Positionen ausmachen lassen. Dabei offenbart sich zugleich auch eine spezifische Verständnis- und Gestaltungsschwäche der Intervenierenden: Verständnisschwäche meint, dass zumindest auf Seiten der AfD ein generell hohes Maß an Distanz gegenüber Jugend und ihren Lebenswelten besteht (HAFENEGGER ET AL. 2020). Gestaltungsschwäche heißt, dass (fachliches) Wissen über die pädagogische Arbeit sowie ihre Ziele und Konzepte kaum vorhanden ist.

Obwohl es den Intervenierenden also meist nicht um das Feld an sich geht, wird dies doch zum Gegenstand. Dies wird deutlich, wenn man den Blick von den übergeordneten auf die konkreten Absichten in-

nerhalb von Interventionsgeschehen lenkt. Interventionen richten sich dort gegen den Kern einer emanzipatorischen und bildungsorientierten offenen Arbeit und scheinen in einem ersten Schritt deren grundsätzliche Entpolitisierung anzustreben.

Entpolitisierung von zwei Seiten: Negativ-Etikettierung und Neu- tralitätseinforderung

Interventionen nehmen dort drastische Ausmaße an, wo sie mit Negativ-Rahmungen verbunden sind, die die Betroffenen öffentlich-symbolisch an den Pranger stellen. Es ist vor allem die AfD, deren Interventionen sich durch ein erstes Muster eines solchen negativen Framings auszeichnen. Dabei werden emanzipatorische Ansätze und Haltungen bewusst mit ‚Linksextremismus-Nähe‘, ‚Linksextremismus‘ oder auf vereinfachende, aber verlässlich negative Weise mit ‚links‘ in Verbindung gebracht. Zugleich handelt es sich um relationale Kategorien, die je nach Ort und Sichtweise anders ausgelegt und auch anders bewertet werden. Insofern sind nicht ‚linke‘ Einrichtungen betroffen, sondern Einrichtungen, die aus unterschiedlichen Gründen eine derartige Negativ-Etikettierung erhalten. Als ‚links-extrem‘ werden – insbesondere von Seiten der AfD – Einrichtungen und Projekte markiert, die sich gegen sie selbst oder ihre Inhalte positionieren, wobei zugleich auch der Antifaschismus-Begriff zum Gegenstand der Diskreditierung wird. Damit nimmt die Partei in Teilen ein bereits bestehendes offizielles Extremismus-Verständnis auf, spitzt es weiter zu und versucht zugleich, sich selbst in einer politischen Mitte zu verorten. Die strategische Zielsetzung dieser Inszenierung wird dort deutlich, wo die AfD in Folge versucht, einem Angebot den Nutzen für die ‚demokratische Kultur‘ abzusprechen.

Mit der erfolgreichen Etablierung des Begriffes ‚Extremismus‘ in der öffentlichen Debatte weitet sich das Feld der Betroffenen: Neben den üblichen Verdächtigen ist es eine wachsende Gruppe neuer Unerwünschter, die sich selbst nicht unbedingt als politisch verstehen müssen. Hier reicht etwa die Auseinandersetzung mit Werten der Demokratie, die Nutzung von Begriffen wie ‚Diversität‘ oder ‚Menschenrechten‘ sowie die pädagogische Arbeit mit marginalisierten Gruppen aus, um als Teil einer „links-grün versifften Meinungsdictatur“ bezeichnet zu werden, wie es exemplarisch in einem Fragebogen heißt. Zweitens vergrößert sich mit dieser Etablierung auch der Kreis der Intervenierenden: Neben der AfD und anderen Akteuren von rechtsaußen agieren Parteien aus dem bürgerlichen Spektrum, Behörden, zum Teil auch Jugendämter und andere Mitglieder in Jugendhilfeausschüssen. In deutlichem Unterschied zur AfD werden von ihnen partizipations- und emanzipationsorientierte Angebote für ‚benachteiligte‘ Jugendliche nicht abgelehnt, sogar oft aktiv unterstützt. Mit Bezug auf politisch engagierte Nutzer*innen finden jedoch unter Bezugnahme auf ‚Extremismus‘ und ‚Neutralität‘ ähnliche Problemkonstruktionen statt.

Dieser Befund erlaubt die Überleitung zu einem zweiten Muster. In diesem stehen Forderungen nach ‚Neutralität‘ im Zentrum. Dabei werden die Artikulation von Parteilichkeit für Nutzer*innen sowie von politischen oder auch nur fachpolitischen Anliegen als Verstoß gegen eine angebliche ‚Neutralitätspflicht‘ markiert. Bestimmte Normalvorstellungen einer ausgewogenen, vielfältigen, aber ‚anti-extremistischen‘ Jugendarbeit werden ins Spiel gebracht und mit ihnen der Raum des politisch Akzeptablen definiert und faktisch verkleinert. Dabei wird das Neutralitätsgebot zweckentfremdet

und vom Gebot parteipolitischer Neutralität auf die Vermeidung sämtlicher Politik oder gar des Politischen überdehnt. Das Idealbild einer Jugendarbeit als politisch sterilem Raum des ‚good clean fun‘ wird fingiert, in der selbst die politische Artikulation der Jugendlichen als abweichend gekennzeichnet wird.

Die zwei Muster – Negativ-Etikettierung und Neutralitätseinforderungen – sind zwei Seiten derselben Entpolitisierungsstrategie: Auf der einen Seite findet sich eine politische Negativ-Aufladung, die Betroffene zur Mäßigung oder andere Akteure zur Durchsetzung dieser Mäßigung bewegen soll. Auf der anderen Seite ist es die Einforderung politischer Entleerung. Hier mag man Parallelen zu historischen Beschreibungen der endenden 1920er Jahre erkennen, wie sie bei FRITZ und MIELICH (2020; GIESECKE 1981) zu finden sind: „Die Jugendpflege am Ende der Weimarer Republik zeichnete sich aus durch eine Ausgrenzung politischer Debatten und eine Anordnung der Neutralität [...]“. Im Gesamten wird auf diese Weise der Kernauftrag der OKJA zur Partizipation und Demokratiebildung (STURZENHECKER 2013) entweder grundsätzlich in Frage gestellt oder in starkem Maße lädiert. Wo diese Interventionen verfangen, könnte Jugendarbeit allerdings nicht mehr entsprechend ihres gesetzlichen Auftrags die politischen Anliegen ihrer Adressat*innen aufgreifen und parteilich agieren.

Neben der Ausweitung der Definitionsmacht der Grenzen des Demokratischen und Undemokratischen inszeniert sich die AfD als Schützerin der Demokratie, indem sie die Gesellschaft auf vermeintlich ‚extremistische‘ Positionen und Handlungsweisen aufmerksam macht und zu deren Eindämmung auffordert.

Co-Interventionen und Reaktionen: Warum sich Interventionsgeschehen zuspitzen

Wie beschrieben, ist es nicht nur die AfD, die für Interventionen von rechtsaußen verantwortlich ist. Neben ihr wird eine breite Palette von weiteren Akteuren dieses Lagers genannt. Während im Agieren der AfD die Selbstdarstellung und -legitimierung ein zentrales Element darstellt, ist es bei anderen Interventionen von rechts vor allem die direkte Einschüchterung. So können Bedrohungen, Raumnahmen, Markierungen, Zerstörungen bis hin zu Verletzungen an unterschiedlichen Stellen zu einem Rückzug des Fachpersonals aus der Öffentlichkeit führen. Auch wenn unser Material keine Rückschlüsse auf ein systematisches Vorgehen zulässt, finden physische Angriffe zumeist im direkten zeitlichen Zusammenhang mit öffentlichen Thematisierungen seitens der AfD statt. Entsprechend lässt sich zumindest in Teilen von einer zwar unkoordinierten, aber dennoch wirkfähigen faktischen Arbeitsteilung der Intervenierenden im Kampf gegen ihre Feindbilder sprechen.

Wie ebenfalls oben deutlich wurde, können zweitens auch keinesfalls alle Interventionen auf Akteure von rechtsaußen zurückgeführt werden. Zwar finden sich sehr wenige Fälle, in denen sie aus ganz anderen politischen Richtungen stammen, aber ‚rechte‘ Interventionen werden nicht selten von anderen Akteuren zum Anlass genommen, sich mit einzuschalten. In vielen Fällen treten Vertreter*innen der CDU, der FDP und lokaler Wählervereinigungen neben, im Nachgang oder auch an Stelle der AfD auf. Zusätzlich wird eine Reihe behördlich-administrativer Bediensteter angeführt: Darunter fallen Bürgermeister*innen, Bau- und Verwaltungsämter sowie Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft, die

auf unterschiedliche Weise – mal direkt, mal indirekt – als Einflussnehmende oder gar als Stichwortgeber*innen in Erscheinung treten.

Aufgrund ihrer Nähe zum Feld kommt den Jugendämtern, den Jugendhilfeausschüssen und dem eigenen Träger hier eine besondere Bedeutung zu. So tragen ihre Reaktionen maßgeblich zur Zuspitzung oder Abschwächung der Interventionsgeschehen bei. Jugendämter und Träger treten in vielen Fällen in das Interventionsgeschehen ein, um die betroffenen Einrichtungen und Projekte zu unterstützen. Wo Entscheidungsträger*innen aus diesen Bereichen jedoch vorsichtig, relativierend, verharmlosend oder gar nicht reagieren, wird politischer Druck weitergeben oder sogar administrativ zugespitzt und den Betroffenen der Umgang erheblich erschwert. In anderen Fällen flankieren diese Akteure die Interventionen, unterstützen sie oder nutzen das Geschehen für eigene (Co-)Interventionen und verbinden es so mit der Durchsetzung eigener politischer Interessen. Mögen dabei die Intentionen der Intervenierenden nicht immer die gleichen sein, so unterstützen sie doch meist die Absichten der Akteure von rechtsaußen. Gleichzeitig zeigt sich hier, dass die Abgrenzung zwischen politischer Intervention und administrativer Steuerung noch einmal erschwert wird, wo Feinheiten politischer Eigeninteressen von fachlichen Argumentationen überdeckt werden.

Zusammenfassend scheint es notwendig, Interventionen nicht als Einzelereignisse, sondern als Gefüge von Prozessen und Ereignissen zu verstehen, in denen auf Seiten der Intervenierenden unterschiedliche Interessen und politische Grundhaltungen zum Ausdruck kommen. Bei ihrer Analyse müssen entsprechend der Außenraum (die unterschiedlichen Intervenierenden) sowie der Innenraum (die unterschiedlichen Betroffenen), die Spitze (in parlamentarischen

Arenen) sowie die Basis (in lokalräumlichen und feldeigenen Arenen) betrachtet werden. Je mehr sich das Geschehen in den lokalen Raum und in das eigene Feld verlagert, desto mehr ist von dynamischen Interventionsgeschehen auszugehen, in denen verschiedene Akteure mit unterschiedlichen politischen Positionen verschiedene Ziele anstreben, aber dieselben Effekte erzielen.

Auswirkungen auf OKJA und Gesellschaft: Welche Effekte haben politische Interventionen?

Auch in Bezug auf die Auswirkungen politischer Interventionen ist eine Verschränkung festzustellen: Effekte auf institutioneller, fachlicher und persönlicher Ebene bedingen sich wechselseitig. Können institutionelle Folgen, wie finanzielle Einbußen oder drohende Einrichtungsschließungen, zunächst meist abgewendet werden, führen Interventionen doch zu sekundären Effekten. Um keine weiteren Angriffsflächen zu bieten, wächst zum Beispiel die Vorsicht bei der Planung und Durchführung von Angeboten oder es werden Positionierungen und Thematisierungen unterlassen. Vermittelt über taktische Anpassungen modifizieren Interventionen so langfristig die (pädagogische) Arbeit. Unter Berücksichtigung der Marginalisierung des Felds wirken politische Interventionen vielfach wie Bekräftigungen ohnehin bestehender Infragestellungen und binden zudem auch personelle und zeitliche Ressourcen. Auf persönlicher Ebene häufen sich neben existenziellen Sorgen und Gefühlen eines stetig steigenden Legitimations- und Rechtfertigungsdrucks auch Demoralisierung und Erschöpfung bis hin zu Besorgnis über die eigene körperliche Unversehrtheit. Hinzu kommen Haltungssorgen, die sich auf behördliche Entscheidungsträger*innen und Fachkolleg*innen beziehen.

Diskutiert man die Folgen politischer Interventionen auf gesellschaftlicher Ebene, bestätigen unsere Befunde zunächst einen zunehmenden Druck von rechts, wie er bereits in anderen Studien beschrieben wird (siehe FORUM 2/2020). Gleichzeitig erscheint die Rahmung dieser Angriffe durch die Vorstellung eines allgemeinen ‚Rechtsrucks‘ unterkomplex. Zu bedenken ist das zum Teil widersprüchliche Mit- und Gegenüber einander unterschiedlicher Entwicklungen von gesellschaftlicher Liberalisierung über Neoliberalismus und einen bewahrenden Konservatismus bis hin zu regressiven Gegenbewegungen, wie sie sich in Phänomenen des sogenannten Rechtspopulismus bündeln. In diesem Sinne ist es bspw. wichtig, Interventionen von bürgerlicher Seite immer auch als Ausdruck einer (unter dem Druck der AfD stehenden) Aushandlung klassisch-konservativer und liberaler Werte und Sichtweisen zu interpretieren. Unterkomplex scheinen so auch Vorstellungen generell „schrumpfender Räume“ (shrinking spaces) für demokratisches Engagement. Sie sind sogar problematisch, wenn mit ihnen jede Einschränkung und Behinderung als Indikator für Entdemokratisierung verstanden wird. Fragwürdig ist daran die zugrunde gelegte „harmonische Konzeption des Gesellschaftlichen“ (ALBRECHT 1973, 797). Sie verdeckt den Umstand, dass gesellschaftliches Zusammenleben immer von konfligierenden Interessen geprägt ist und diese immer Gegenstand gesellschaftlicher Problematisierungen, Debatten und Konflikte sein müssen. Möglicherweise lässt sich das Bild eingeschränkter Spielräume anders fassen. Geht man davon aus, dass sich Angriffe ‚von rechts‘ und andere Interventionen bezüglich ihrer Haltung zu Demokratie unterscheiden, so gelangt man im Gesamtbild nicht einfach zu einem Bild der Entdemokratisierung. Während Angriffe von rechts genau dies im

Sinn haben und trotz gegenteiliger Rhetorik Ausdruck einer anti-demokratischen Haltung sind, bewirken andere Interventionsformen mehr eine Verschiebung der Grenzen des Akzeptablen und Tolerablen innerhalb des demokratischen Raums und stehen für eine zunehmende ordnungspolitische Eingriffsmentalität. Genaugenommen verkleinern sie die „Zonen tolerierter Differenz“ (ORTMANN 2003, 22) für Positionen, die als ‚störend‘ markiert werden. An die Stelle der Toleranz tritt die Absicht, diese Störungen aus dem gesellschaftlichen Kanon zu entfernen. Damit aber wird selbst an Vorstellungen von Demokratie als konflikt- und widerspruchsfreiem Raum angeschlossen, die Möglichkeit für Kontroversität eingeschränkt und ein Feld wie die Jugendarbeit theoretisch und praktisch ‚zurechtgestutzt‘.

‚Stay with the Trouble‘: Wie Betroffene und andere Beteiligte mit politischen Übergriffen umgehen können

Eine Demokratie ohne Widersprüche und (Interessen-)Konflikte kann es nicht geben. Gleiches gilt für die OKJA als ein Arbeitsfeld, dessen Ziele, Aufgaben und Arbeitsweisen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen. Dies haben wir oben als Kontingenz und Hybridität beschrieben. Die Frage ist also nicht, wie man politische Interventionen ein für alle Mal vermeiden kann. Vielmehr geht es darum, wie man sich aufstellt, um sich langfristig in Interventionsgeschehen zu behaupten, dabei zwischen Angriffen auf die Demokratie und einer demokratischen Aushandlung unterscheiden kann und die Wahrnehmung für verschiedene Formen der Grenzverschiebung schärft.

Unsere Analysen zeigen, dass politische Interventionen meist nicht für sich allein stehen. Sie sind Teil umfangreicher und

dynamischer Geschehen, auf die zunächst Unbeteiligte unterschiedlich reagieren. Dies verkompliziert einen erfolgreichen Umgang. Dementsprechend unterscheiden sich auch die berichteten Umgangsweisen hinsichtlich Öffentlichkeitsgrad, Fachlichkeit, Institutionalisierungsgrad und damit auch in Bezug auf die Frage, ob sich Umgangsweisen eher als Reaktion auf eine Intervention darstellen oder Teil strategischer Überlegungen sind. Dabei muss auch zwischen artikulationsstarken, interventionserfahreneren Einrichtungen mit günstigen, und vulnerableren Einrichtungen mit ungünstigeren Kontextbedingungen unterschieden werden. Erstere können auf geschärfte eigene Positionen sowie ein solides zivilgesellschaftliches Netzwerk zurückgreifen. Letztere werden vielleicht zum ersten Mal Ziel einer Intervention, verfügen kaum über politische Erfahrung (und damit Artikulationsfähigkeit) und stehen oft allein da. Ob es gelingt, sich im akuten Interventionsgeschehen zu behaupten, ist demnach abhängig von der eigenen Profilschärfe, der Art des Umgangs, den Reaktionen anderer Akteure sowie den zivilgesellschaftlichen Kontextbedingungen. Hinzu kommen die Qualität der Kommunikation und Konstellationen im Steuerungsgeschehen der örtlichen Jugendhilfe und Kommunalpolitik.

So ist auch kaum verallgemeinerbar, welcher Öffentlichkeitsgrad des Umgangs im Einzelfall erfolgreich ist. Unsere Befunde zeigen jedoch, dass besonders jene Reaktionen Dritter wertvolle Unterstützung leisten, die entschieden und in Absprache mit den Betroffenen den Negativ-Etikettierungen eigene Deutungen gegenüberstellen und zum Ausdruck bringen, dass eine demokratische und diversitätsorientierte Kinder- und Jugendarbeit nicht ‚linksextrem‘ ist, sondern schlicht ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommt. Weiter zeigt unsere Analyse, dass die

eigene Fachlichkeit im Umgang mit Interventionsgeschehen stärkend wirkt und sowohl institutionelle wie auch persönliche Effekte abzufedern vermag: Im akuten Fall geht es um die Veranschaulichung und Verteidigung des eigenen Auftrags zur Demokratiebildung und eine juristische Sicherheit in Bezug auf den fachlichen Auftrag, die Bereitstellungspflicht von Angeboten sowie auf Fragen der Neutralität. Zu diesen Aspekten bedarf es auch einer Aufklärung von (Fach-)Gremien, Ausschüssen und öffentlichem Träger. Schließlich kommt ihnen im Interventionsgeschehen großer Einfluss und hohe Verantwortung zu. Weiter sind es Einrichtungen und Träger, die sich langfristig und strategisch in Kooperation mit anderen (Einrichtungen, Trägern, Verwaltung, Zivilgesellschaft) aufstellen, eine Auseinandersetzung mit politischen Interventionen institutionell absichern und Netzwerke und Bündnisse auch über das Arbeitsfeld hinaus eingehen. Dies sind Faktoren, die den Umgang erleichtern und Folgen abwenden können.

Vergewissert man sich der metapolitischen Aspekte von Interventionen, reicht die Entwicklung von Reaktionsfähigkeit jedoch nur bedingt aus. Mit dieser gesellschaftlichen Perspektive ist es mindestens genauso wichtig, dass die OKJA bei der Gestaltung einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft ihren Platz einnimmt und sich mit ihren Perspektiven und Positionen sichtbar macht (AGJF Sachsen 2017). Dass dadurch auch neue Angriffsflächen, nicht nur für Akteure des rechten Spektrums, entstehen können, liegt auf der Hand. Gesellschaftliche Prinzipien wie Solidarität und Parteilichkeit, die Positionierung gegen Vereinzelung und gegen das Ausspielen von Anspruchsträgern, wirken unbequem und erzeugen Konflikte. Dennoch sieht das Kinder- und Jugendhilfegesetz – und dies gerade zur Stärkung der Demokratie – erstens die Parteilichkeit,

zweitens die Pluralität von Angeboten und freien Trägern und drittens ihre solidarische Organisation ausdrücklich vor. Das zeigt: Zonen des Anderseins und der Differenz sind gesetzlich erwünscht und als Frei- und Experimentierräume für die Aneignung des Demokratischen gesellschaftlich unabdingbar. Diese Zonen müssen von den jeweiligen politischen Akteuren nicht immer gemocht oder gar unterstützt, jedoch als gesellschaftlich erforderlich akzeptiert und eben toleriert werden.

„Zonen tolerierter Differenz“ absichern: Ein Fazit

Bringt man unsere Befunde zusammen, wird deutlich, dass politische Interventionen 1. die beschriebenen „Zonen tolerierter Differenz“ infrage stellen oder aufzuheben versuchen, die für eine demokratische und plurale Gesellschaft konstitutiv sind. Einfallstore dafür bietet 2. eine spezifische Kombination aus

- der Beschaffenheit des kommunalen Steuerungsgeschehens,

- einer darin marginalisierten Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- sowie die als Unbestimmtheit fehlinterpretierte Offenheit und Kontingenz hinsichtlich ihrer Aufgaben und gesellschaftlichen Funktion.

Zur Absicherung der Demokratie leitet sich daraus auf gesetzgeberischer Ebene die Notwendigkeit ab, rechtliche Vorkehrungen zu treffen, die gesellschaftliche Bereiche der Demokratiebildung strukturell garantieren. Zur Sicherung dieser Handlungsräume müssten diese unabhängiger werden von kurz- und mittelfristigen politischen Entscheidungen, Haushaltslagen und der aktuellen Besetzung politischer Gremien. Schließlich ist es auch ein grundsätzliches Recht der Kinder und Jugendlichen, dass ihnen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen und diese ihnen demokratische Partizipation, Demokratiebildung und Räume eigener Erfahrung eröffnen. Alles Weitere wird im zivilgesellschaftlichen Raum entschieden.

Anmerkungen

- 1 Mit dem Sammelbegriff ‚rechts außen‘ bezeichnen wir ein breites und durchaus heterogenes Spektrum, das vom Neonazismus bis zur AfD reicht.
- 2 Eine umfassende Darstellung der Befunde findet sich im Forschungsbericht dieser Studie (Schuhmacher, Schwerthelm & Zimmermann 2021). Bei dem hier vorliegenden Artikel handelt es sich um eine Zusammenfassung zentraler Befunde.
- 3 Eine Sonderauswertung in Bezug auf Interventionen der AfD liegt in Schwerthelm, Schuhmacher & Zimmermann (2020) vor.
- 4 Die geringe Differenz in Niedersachsen kann auf ein recherchiertes Anfragenbündel der AfD zurückgeführt werden.

Literatur

ALBRECHT, G. (1973): **Die Erklärung von Devianz in der Theorie des symbolischen Interaktionismus**. Neue Perspektiven und alte Fehler, in: DERS./DAHEIM, H./SACK, F. (HG.): **Soziologie**. Opladen, 775–803.

ARBEITSGEMEINSCHAFT JUGENDFREIZEITSTÄTTEN SACHSEN [AGJF SACHSEN] (2017): **Stellungnahme: Jugendarbeit ist mit der AfD nicht zu machen**. Chemnitz.

- HAFENEGER, B./JESTÄDT, H. (2020): **Jugend- und bildungspolitische Aktivitäten der AfD in 16 Landesparlamenten und im Bundestag**. In: DIES./SCHWERTHELM, M./SCHUHMACHER, N./ZIMMERMANN, G. (Hg.): **Die AfD und die Jugend**. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt/M., 13–108.
- FORUM FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT (2020): **Rechts(d)ruck in Sozialer Arbeit**. Themenheft, 2. Quartal 2020.
- FRITZ, F./MIELICH, S. (2020): **Demokratiebildung in und nach der Zeit von CORVID-19**. Perspektiven für die (politische) Kinder- und Jugendbildung. In: FORUM: **Kinder- und Jugendarbeit**, Heft 3/2020, 52–55.
- GIESECKE, H. (1981): **Die Jugendarbeit**. 5. völlig neu bearbeitete Auflage. München.
- KELLERSHOHN, H./KASTRUP, W. (Hg.) (2016): **Kulturkampf von rechts**. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster.
- ORTMANN, G. (2003): **Regel und Ausnahme**. Paradoxien sozialer Ordnung. Frankfurt/M.
- SCHUHMACHER, N./SCHWERTHELM, M./ZIMMERMANN, G. (2021): **stay with the trouble**. Politische Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hg.). Berlin.
- SCHWERTHELM, M. (2021): **Offene Kinder- und Jugendarbeit als hybride Organisation** – ein Modell zur Diskussion ihrer Funktionen. In: DEINET, U./STURZENHECKER, B./SCHWANENFLÜGEL, L. v./SCHWERTHELM, M. (Hg.): **Handbuch Offener Kinder- und Jugendarbeit**. 5., völlig erneuerte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 883–908.
- SCHWERTHELM, M./SCHUHMACHER, N./ZIMMERMANN, G. (2020): **Politische Interventionen der AfD im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit** – Eine Tiefenbohrung. In: DIES./HAFENEGER, B./JESTÄDT, H. (Hg.): **Die AfD und die Jugend**. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungs-politik verändern will. Wochenschau Verlag. Frankfurt/M., 109–163.
- STURZENHECKER, B. (2013): **Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**. In: DEINET, U. /STURZENHECKER, B. (Hg.): **Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit**. 4. völlig überarbeitete und aktualisierte Neuauflage. Wiesbaden, 325–338.
- TEMPLIN, D. (2015): **Freizeit ohne Kontrollen**. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Göttingen.
- TERKESSIDIS, M. (1995): **Kulturkampf**. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte. Köln.
- WEISS, V. (2017): **Die autoritäre Revolte**. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart.

Jugendhilfeausschuss Hannover unter Leitung der AfD – Herausforderungen, Erfahrungen, Reflexionen¹

Die AfD ist neben ihren Wahlergebnissen auf Bundes- und Landesebenen in den letzten Jahren auch in etliche Kommunalparlamente eingezogen. Damit kann sie in den Ratsgremien und Ausschüssen mitwirken, wodurch ihre Strategien, Konzeptionen und Vorhaben im lokalen Raum sichtbar werden. Dies gilt gerade für die Jugendhilfe und Jugendpolitik, da hier wichtige Vorgaben direkt an der politischen Basis umgesetzt werden müssen.

In Hannover existiert seit der letzten Kommunalwahl 2016 insofern eine spezielle Situation besonderer Bedeutung, als die AfD seit November 2016 den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt innehat. Auch wenn die AfD nur einen geringen Einfluss hat und sich mit konkreten Initiativen (durchgängig) nicht durchsetzen kann, kann ihr Agieren durchaus als exemplarisch für kommunale Parlamente in der BRD gesehen werden.

Der Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss (i. f. JHA) ist ein Ausschuss besonderen Rechts innerhalb der lokalen Politik, dies ergibt sich aus seiner Zusammensetzung (s. u.) und seinem Status als Teil des Jugendamtes. Er ist innerhalb der Kommunalpolitik das höchste Organ der Jugendhilfeplanung und aller damit zusammenhängenden Entscheidungen. Dies betrifft die stationären Einrichtungen, Krippen, Kindertagesstätten, Horte, Ganztagsschulangebote (z. T.), Beratung, psychologische Hilfen, Hilfen zur Erziehung u. a. Er

ist dabei einerseits Gegenüber der Verwaltung und andererseits der freien Träger der Jugendhilfe, z. B. Jugend- oder Wohlfahrtsverbände.

AfD – Neue Rechte

Wir ordnen die AfD als Teil eines rechten Geschehens („Neue Rechte“) in der Bundesrepublik ein, das sich aus verschiedenen Gruppen, Strömungen und Aktivitäten zusammensetzt.

Da ist zum einen die „identitäre Bewegung“, die auf eine Volksgemeinschaft reflektiert, d. h., für eine ethnisch beschriebene zugehörige Bevölkerung („das Volk“) offen ist und gleichzeitig nicht dazugehörige Gruppen ausschließt und damit diskriminierend und rassistisch agiert.

Zum anderen sind dies Bewegungen wie die Pegida-Demonstrationen, die die Angst vor Überfremdung schüren und Verschwörungstheorien anhängen. Hier finden auch die Anti-Corona-Demonstrationen rechte Anknüpfungsmöglichkeiten (vgl. SALZBORN, 2017, S. 34). Diese Bewegungen profitieren davon, dass sie autoritaristische, populistische Haltungen fördern, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen (vgl. LEIPZIGER AUTORITARISMUS-STUDIE/vgl. „MITTE – STUDIE“ DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, Bonn 2020).

Die AfD kann als parlamentarischer Arm der Neuen Rechten verstanden werden, was auch durch konzeptionelle Aussagen belegbar ist. Dennoch herrscht in der Neuen

Rechten kein Konsens darüber, ob das Ziel einer kulturellen Hegemonie auf parlamentarischem oder außerparlamentarischem Weg erreicht werden soll (vgl. SALZBORN, 2017, S. 45). Entsprechend widersprüchlich ist die Einschätzung der Rolle eines parlamentarischen Arms der Neuen Rechten.

Die Wurzeln der Neuen Rechten finden wir in der sog. konservativen Revolution (einem in der Nachkriegszeit geprägten Begriff für reaktionäre Politik in der Weimarer Republik) und damit im Antiliberalismus. Es geht um die Unterdrückung des demokratischen Subjektes zugunsten des „Volkes“ als Kollektiv. Die Bewegung ist antidemokratisch, antiliberal und antiindividuell.

Die AfD ist also Teil des rechten Kulturkampfes um die Deutungshoheit über Begriffe zur Erreichung einer kulturellen Hegemonie (vgl. SALZBORN, 2017, S.11 u. S.21).

AfD in Hannover

Bei der Kommunalwahl 2016 erhielt die AfD 8,6 % der abgegebenen Stimmen und zog mit sechs Sitzen erstmals in den Rat der Landeshauptstadt Hannover ein. Damit erreichte sie etwas mehr Stimmen als bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2017 (6,2 %).

Mit diesem Wert ist Niedersachsen mit den meisten westdeutschen Bundesländern vergleichbar, die in den nachfolgenden Landtagswahlen zwischen 5,3 % (Hamburg) und 15,1 % (Baden-Württemberg) lagen. Die Ergebnisse in den östlichen Bundesländern lagen bei den nachfolgenden Landtagswahlen erheblich höher (Thüringen 2019: 23,4 %, Brandenburg 2019: 23,5 %, Sachsen 2019: 27,5 %, Mecklenburg-Vorpommern 2016: 20,8 %, Sachsen-Anhalt LTW 16: 24,2 % (de.statista.com / Abfrage 17.1.21).

Der hannoversche Wert von 8,6 % ist ein Durchschnitt, der sich aus einer erheblichen Streuung/Varianz ergibt. So wählten z. B.

bei der nachfolgenden Bundestagswahl in einzelnen Wahllokalen im Stadtteil Mühlenberg bis 26 %, in Vahrenheide bis 21,3 %, im Sahlkamp 21,4 % und in Bemerode 18,8 % die AfD (Bundestagswahl 2017, Quelle: HAZ – Hannoversche Allgemeine Zeitung, 26.9.17. Die Bundestagswahl war im Jahr nach der Kommunalwahl, so dass sich die Zahlen hier nur von der Tendenz her vergleichen lassen).

Mit 8,6 % hatte die AfD im Stadtrat auf Anhieb einen Fraktionsstatus und war damit berechtigt, sich am Verteilungsverfahren für die Ausschüsse des Rates zu beteiligen.

Vergabe des Vorsitzes im Jugendhilfeausschuss

Ratsparteien mit Fraktionsstatus haben nach der niedersächsischen Kommunalverfassung grundsätzlich das Recht, den Vorsitz eines Ratsausschusses zu übernehmen. Die Zahl der Mitglieder, die jede Partei in einen Ausschuss entsenden kann, richtet sich nach deren Kommunalwahlergebnis.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden nicht aus deren Mitte gewählt, sondern nach einem bestimmten Verfahren bestimmt. Ursprünglich ist dieses Verfahren wohl eingeführt worden, um auch kleineren Parteien die Möglichkeit der Mitwirkung (über einen Vorsitz) zu geben.

Dieses „d'hondtsche Höchstzahlverfahren“ ist in der niedersächsischen Kommunalverfassung (§ 71 Abs. 7) geregelt und wird in Verbindung mit der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Anwendung gebracht. Die Ergebnisse dieses Verteilungsverfahrens gelten für eine Legislaturperiode. Die einzelnen Parteien können abhängig von ihrem Wahlergebnis nacheinander in einer bestimmten Abfolge die Ausschüsse benennen, deren Vorsitz sie übernehmen werden. Je nach Wahlergebnis haben einzelnen Parteien dabei auch mehrere „Zugriffe“ (2016 zum

Beispiel SPD sechs, CDU fünf, die Grünen drei, Linke/Piraten einen, AfD einen). 2016 ergaben sich dabei folgende Zugriffe:

1. SPD: Internationales
2. CDU: Kultur
3. B. 90/Grünen: Gleichstellung
4. SPD: Sport
5. CDU: Bau und Stadtentwicklung
6. SPD: Ausschuss des Oberbürgermeisters
7. AfD: Jugendhilfe
8. CDU: Arbeit/Wirtschaft/Liegenschaften
9. Linke/Piraten: Schule und Bildung
10. SPD: Organisations- und Personalausschuss
11. B. 90/Grünen: Umweltausschuss
12. CDU: Betriebsausschuss / Kongresszentrum
13. SPD: Finanzausschuss
14. B. 90/Grünen: Sozialausschuss
15. SPD: Stadtentwässerung
16. CDU: Häfen

Damit hatte die AfD den Vorsitz im Jugendhilfeausschuss bekommen, wobei dies vermutlich weniger strategischer Überlegungen als vielmehr einem Zufall entsprach.

Inhaltlich war die Partei dafür nicht prädestiniert, auch nicht vorbereitet. In ihrem Wahlprogramm für die Landeshauptstadt bezog sie sich lediglich auf Jugendliche im „ländlichen Raum“, die sie vor einer Stadtfucht bewahren wollte. Es gelte, „den ländlichen Raum zu einem für Jugendliche attraktiven Erlebnis- und Kreativraum zu machen. Wir wollen durch spezielle Angebote über Internet, soziale Medien und öffentliche Aushänge Jugendlichen das bereits vorhandene Angebot an Fortbildungs- und Freizeitangeboten zugänglicher machen und eine Vernetzung der Heranwachsenden in der Region erleichtern ...“.

Außerdem forderte die AfD die Schaffung von mehr Freizeitmöglichkeiten, ein kosten-

loses Freizeitticket für den ÖPNV und räumlich mobile Freizeit- und Fortbildungsangebote (Kommunalprogramm der AfD 2017).

Der Vorsitz im JHA hat sich daher nicht auf Grund der inhaltlichen Expertise ergeben, auch nicht durch erlangte Mehrheiten, sondern dadurch – und hier wird nur der reine Sachverhalt referiert –, dass die sogenannten „etablierten Parteien“ in sechs vorherigen Durchgängen nicht den Vorsitz im JHA übernehmen wollten.

Dennoch war dieser Ausschuss auf Grund seiner besonderen kommunalpolitischen Ausrichtung und Wichtigkeit für die AfD lukrativ. Der JHA hat einen besonderen Status, was sich durch seine jugendhilfepolitische Einordnung und seine Zusammensetzung ergibt. Er ist neben der Jugendverwaltung „Teil des Jugendamtes“ und 40% seiner Sitze werden durch Mandate aus der Zivilgesellschaft besetzt. In Hannover sind das bei insgesamt 15 Sitzen sechs Sitze, die auf Vorschlag von Wohlfahrts- und Jugendverbänden (durch Berufung durch den Rat) besetzt werden. Diese Regelungen heben den JHA im kommunalpolitischen Geschehen von den anderen Ausschüssen ab. Hier ist es möglich, Koalitionen zu bilden und auch einmal an den Mehrheitsparteien vorbei jugendpolitische Entscheidungen voranzutreiben (wobei dies idealtypisch ist, da die meisten Entscheidungen dann wieder durch den Verwaltungsausschuss des Rates kassiert werden können).

Die Hervorhebung belegt die Wichtigkeit, die der Gesetzgeber im KJHG den Belangen von Kindern und Jugendlichen gegeben hat. Die AfD hat also an einer zentralen Stelle kommunaler Selbstverwaltung einen Ansatzpunkt bekommen. Dieser realisiert sich weniger in realem jugendpolitischen Einfluss als in einer besonderen symbolischen Bedeutung.

Reaktionen

Die (jugendpolitische) Öffentlichkeit reagiert empört auf diesen Vorgang. Die hannoverschen Zeitungen berichteten mehrfach und zitierten den Stadtjugendring (SJR), der sich bestürzt zeigte und in einer Presseerklärung mitteilte, dass „... viele Positionen der rechtspopulistischen Parteien und Wählerbündnisse ... dem Selbstverständnis von Jugendverbänden ...“ widersprächen. Weiter heißt es: „Zwar habe sich die Stadt Hannover auf den Weg zu einer ‚Jugendgerechten Kommune‘ (einem bundespolitischen Förderprogramm zur Partizipation von Jugendlichen, WD) gemacht, aber der Verlauf und das Ergebnis mit ihrer Ausschussvergabe sprachen dem Vorhaben Hohn. ... Der Stadtjugendring sieht den AfD Vorsitz mit großer Sorge“ (HAZ 7.11.2016).

Insgesamt war die interessierte Öffentlichkeit irritiert, bis weit in den bundespolitischen Bereich hinein wurde die Entwicklung in Hannover mit großem Interesse wahrgenommen und beobachtet.

Die Bedenken des SJR nahm die AfD süffisant auf ihrer Homepage auf und bescheinigte ihrem Vorsitzenden anlässlich der konstituierenden Sitzung des JHA, dass er souverän mit den Angriffen aus dem Bereich der Jugendverbände umgegangen sei. „Ratsherr Hauptstein nahm die Sache von Anfang an souverän in die Hand und ließ Zuschauerfragen, die nichts mit der Sache sondern nur mit der AfD zu tun hatten, gar nicht erst zu – man kann fast sagen, zur Enttäuschung der erwartungsvollen Zuschauer“ (Homepage der AfD-Ratsfraktion Hannover).

Schließlich äußerten sich auch die Vorstände des SPD-Stadtverbandes und der SPD-Ratsfraktion in einem Schreiben an den Stadtjugendring und andere „Träger der Jugendarbeit“ in Hannover. Sie erläuterten, dass es dem Vorsitzenden untersagt sei, „mit eigenen Beiträgen in die Debatte

einzugreifen“. Den Trägern wird versichert, dass sich die SPD weiterhin für eine offene Stadtgesellschaft einsetzen wird, dies insbesondere auch im JHA. Man wolle sich weiter dafür einsetzen, dass der JHA zum Wohle der Kinder und Jugendlichen in der Stadt beiträgt und dadurch das Fundament für die vielfältige, weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft verbreitet (Schreiben vom 11.11.2016).

Beide Vorstände luden dabei zu einem Gespräch ein, um diesen Gedanken gemeinsam zu verfolgen. Augenscheinlich hatten die Vorgänge um den Vorsitz des JHA und die Kritik daran zu dieser Initiative geführt. Es fanden dann zwei Gespräche statt, deren Ergebnisse aber eher im Vagen blieben.

Inhaltliche Positionierungen der AfD im Ausschuss

In den ersten Monaten hielt sich der Vorsitzende erkennbar inhaltlich zurück, jugendpolitische Positionierungen und Interventionen ergaben sich erst nach einiger Zeit. Hauptsächlich sichtbar wird die AfD in den Bereichen der Ordnungs-, Migrations-, Gender-, Integrationspolitik und als selbsternannte Verteidigerin „demokratischen“ Ausgleichs gegen vermeintlichem Radikalismus und (Links-)Extremismus (dabei einem Totalitarismusverständnis folgend). Formal agiert sie dabei über Anfragen, eigene Anträge oder Änderungsanträge, wobei die von ihr vertretenen Positionen auch im Abstimmungsverhalten zu Anträgen anderer Fraktionen sichtbar werden. Wir nehmen an, dass die Aktivitäten der AfD in Hannover exemplarisch zu sehen sind und es damit Parallelen zu anderen Kommunen sowie eine abgestimmte Vorgehensweise der AfD-Fraktionen gibt.

Im Bereich Migrationspolitik stellte sie u. a. folgende Anträge: Abschaffung der Integrationsbeiräte und die Verurteilung des Verhaltens von Mitgliedern des Rates mit

Migrationshintergrund. Sie fragte nach den Deutschkenntnissen in Grundschulen, dem Umfang der Clankriminalität und der Praxis der Doppelpassvergabe. Den Politikkomplex „Geflüchtete/Asylbewerber“ verbindet sie mit ordnungspolitischen Anliegen und fragte nach „Messerdelikten“ (22.8.2018), der SEK-Stürmung eines Geflüchtetenheimes und nach Kosten des „Asylmissbrauches“ (17.5.2017). Auch der Aufbau eines zentralen Dolmetscherdienstes (8.12.2017) oder die Frage nach einem Konzept für den Familienzugang sind ordnungspolitisch verknüpft.

Im Jugendhilfebereich wurde insbesondere nach UMA (unbegleitete minderjährige AsylbewerberInnen) gefragt, u. a. nach der Altersfeststellung und auch hier nach Auffälligkeit und Delikten. Ein besonderes Interesse liegt auf Jugendlichen („Jugendbanden“) im Kontext abweichenden Verhaltens in Hannover. Hier gab es im Laufe der Legislatur schon drei Anfragen.

In Änderungsanträgen versucht sie, die Anträge anderer Fraktionen, Hannover zum sicheren Hafen zu erklären, durch reaktionäre Ergänzungen faktisch inhaltlich umzudrehen.

Im Rahmen von Haushaltsplanberatungen stellt sie regelmäßig Anträge auf Streichung oder Kürzung von Mitteln für Einrichtungen/Träger aus dem von ihr so „markierten“ „linksextremen Bereich“: Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße (autonomes Antifa-Zentrum mit Volkküche und Kinderbetreuung), Einrichtungen der SJD-Die Falken (Jugendzentren und Kindertreffs), der DGB-Jugend (Jugendtreff) und – überraschenderweise – der evangelischen Jugend. Begründung für letzteren Antrag war, dass die Kirche genügend Geld habe.

In einem „Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung eine Aktuellen Stunde“ zum Thema „Linke Gewalt – gefördert durch öffentliche Mittel“ (1729/2017) führt Beigeord-

nete HAUPTSTEIN aus (und vermischt dabei kommunal- und bundespolitische Aspekte): „Allerdings sei bei dem sehr schnell wachsenden Problem des Linksextremismus zu beobachten, dass dabei von offiziellen Stellen verharmlost und abgewiegelt würde zudem würden hunderttausende Euro an die sozialistische Jugend Deutschlands fließen, die in ihren Verlautbarungen ausführen würden: ‚Wir sagen Nein zu Deutschland!‘ und ihre Fördermittel z. B. dazu genutzt hätten, um in G20-Protest-Camps fahren zu können, aus denen nachweislich ein Großteil der Gewalt beim G20-Gipfel (Hamburg 2017) hervorgegangen sei.“

Nach Berichten aus verschiedenen Landesjugendringen, der AG der Großstadtjugendringe und der Zentrale der Falken zeichnet sich ab, dass die AfD diesen sozialistischen Träger in besonderer Weise angehen und bedrohen will (vgl. DJ 7–8/19 „Die Falken im Visier der AfD“, vgl. SÄMANN, 2020, S. 424).

Dies, in Kombination mit beobachtbaren Interventionen gegen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, lässt befürchten, dass dieses Feld der Jugendhilfe sehr wohl im Fokus der AfD liegt (vgl. dazu SCHWERTHELM u. a., 2021, S. 154). In der Szene ist deutlich, dass die Falken hier exemplarisch für andere Verbände und Träger stehen und man gewappnet sein muss (vgl. SÄMANN, 2020, S. 424 ff.).

Die AfD inszeniert sich als Vertreterin der bürgerlichen Mitte. Wenn sie (dabei zum Teil anschlussfähig für andere Fraktionen des Rates), die Neutralitätspflicht anmahnt und dabei Einrichtungen, die partizipativ, emanzipatorisch oder menschenrechtsorientiert arbeiten, unter Druck setzt, ist das angemahnte Neutralitätsgebot ein Vorwand für die intendierte Delegitimierung von Einrichtungen und Arbeitsformen (vgl. dazu grundsätzlich: SÄMANN, 2020, S. 428 f). Sie

folgt dabei einem Totalitarismus-Ansatz, wie es in einem Antrag vom 13.2.17 zum Beschluss einer Ratsresolution für „ein friedliches und tolerantes Hannover“ besonders deutlich wird:

„Politischer Extremismus sowie Gewalt jeder Art werden von uns auf das Schärfste verurteilt. ...“ „Allen Versuchen von extremistischen Organisationen, die friedliche Ordnung ...“ (Antrag 0381/2017).

Anlass war eine Sprüh-Plakataktion gegen die AfD in der Nacht vom 2. auf den 3. Februar 2017. Die AfD benennt explizit („markiert“) Einrichtungen, die als abweichend und linksradikal verdächtigt werden können. Damit werden an sich vielfältige und plurale Zusammenhänge im Rahmen eines „framings“ markiert und vereinheitlicht (und damit angreifbarer gemacht). Zum einen sind dies antifaschistische, antirassistische und gesellschaftskritisch-alternative Positionen, Angebote und Besuchergruppen, zum anderen parteiiche, inklusive und menschenrechtsorientierte Angebote (vgl. SCHWERTHELM u. a., 2021, S. 130). „In diesem Sinne stellen die fortlaufenden Verweise auf ‚Neutralität‘ und das Einfordern einer ‚unpolitischen Jugendarbeit‘ ein Einfallstor dar, um missliebige Einrichtungen und Konzepte öffentlich unter Druck zu setzen“ (ebd.). In einer Anhörung verschiedener Ausschüs-

se des Rates der Landeshauptstadt Hannover zu „Fridays For Future“, immerhin in großen Teilen auch eine Jugendbewegung, äußerte sich die AfD in eigenen Fragen an die ExpertInnen und negierte dabei Klimawandel, mögliche Ursachen und Handlungsmöglichkeiten. Dies wurde von den anwesenden Jugendlichen sehr deutlich zur Kenntnis genommen.

In Hannover finden bisher Anträge der AfD kaum Resonanz, meistens liegt das Abstimmungsergebnis bei 1:14:0.

Reaktionen, Perspektiven, Strategien

Reaktionen

Vor der konstituierenden Sitzung des JHA wurden Überlegungen angestellt, wie man auf die entstandene Situation reagieren könnte. Die Bandbreite der Überlegungen reichte dabei von eher symbolisch-subversiven Aktionen bis hin zu inhaltlichen Interventionen. Es war nicht möglich, sich auf eine inhaltliche Vorgabe zu verständigen, so blieb es dabei, dass alle stimmberechtigten Mitglieder des JHA als Zeichen für Vielfalt und Toleranz einen Regenbogen-Button trugen. Das Zeigen von Postern oder Transparenten, das Tragen von T-Shirts mit inhaltlichen Aussagen hätte nach der Geschäftsordnung des Rates als (untersagte) politische Demonstration gegolten.



Graffiti in Hannover

Die Initiative der SPD (siehe oben) wurde nicht weiterverfolgt, die VertreterInnen der politischen Parteien scheinen sich darauf geeinigt zu haben, nur jeweils einmal auf unsinnige oder bewusst provokative Aussagen der AfD zu reagieren, um deren Bühne zu verkleinern (vgl. „Ausdehnung des Sagbaren“, SALZBORN, 2017, S. 16). Dieses an sich richtige Vorhaben wurde in der Folge nicht immer durchgehalten.

Perspektiven

Neben der kulturellen Hegemonie strebt die Neue Rechte eine Intellektualisierung der Gesellschaft durch rechte Inhalte an (SALZBORN, 2017, S. 38 ff, S. 45). Damit sollen grundlegende Denkrichtungen verändert und Grenzen des Sagbaren durch Provokationen und Tabubrüche nach rechts verschoben werden. Dies wird u. a. auch durch die vergrößerten finanziellen Möglichkeiten im Bereich parlamentarischer Assistenz und Professionalisierung befördert. Wir haben damit zu rechnen, dass sich der „wissenschaftliche Apparat“ der AfD vergrößert, sie sich immer besser vernetzt und ihre finanziellen Möglichkeiten steigen.

Strategie

Neben konkreten Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit der AfD innerhalb von Jugendhilfeausschüssen stellt sich diese Frage auch für den allgemeinen Umgang mit der Partei und Initiativen der Neuen Rechten (vgl. DUCKSTEIN u. a., 2019). Dabei sind die Aspekte Selbstvergewisserung, demokratische Lern-, Lebens- und Erfahrungsräume bieten, Solidarität, Vernetzung, Unterstützung und Beratung zentral:

➤ TrägerInnen und Einrichtungen werden ihre Satzungen, Ordnungen und Konzepte auf ihre Durchlässigkeit für rechtes Gedankengut überprüfen, Eindeutigkeiten herstellen und ggfs. Regelungen für Veranstaltungen (Einladung, Teilnahme,

Raumvergabe, Unvereinbarkeitsbeschlüsse) treffen.

- Der AfD sollte keine Bühne geboten werden, man sollte sich nicht zu deren Veranstaltungen einladen lassen und begeben und sie auch nicht zu eigenen Veranstaltungen einladen. Es muss deutlich geprüft werden, ob man an Veranstaltungen teilnimmt, zu denen auch die AfD eingeladen ist (vgl. DBJR „Rechtspopulismus entgegnetreten ...“).
- In Einrichtungen können Foren geschaffen werden, um Schlüsselthemen zu diskutieren, die von der AfD besetzt werden. Es werden (symbolische und reale) Räume angeboten, in denen Partizipation, demokratische Auseinandersetzung gelernt werden können.
- Eine besondere Bedeutung kann hier Jugendverbänden und anderen Einrichtungen der Bildungsarbeit („Werkstätten der Demokratie“) zukommen. Hier können generalpräventive Erfahrungsräume angeboten werden. Damit ist allerdings die Forderung zu verbinden, dass die Organisationen, um diese Aufgaben nachhaltig leisten zu können, auch eine entsprechend sichere, strukturelle Ausstattung benötigen (vgl. SCHERR in BRENNER, 2019, S. 397).
- Wenn andere Einrichtungen, Träger oder Verbände „markiert“ oder angegriffen werden, ist Solidarität wichtig, letztlich gilt jeder einzelne Angriff allen in einer pluralen Gesellschaft. Jeglichen Versuchen der Delegitimierung muss solidarisch entgegnetreten werden.
- Es müssen Instrumente der Vernetzung und gegenseitigen Information geschaffen werden. Wir gehen davon aus, dass die Neue Rechte und ihr parlamentarischer Arm vernetzt sind und vermehrt strategisch handeln werden. Dies erfordert ein entsprechendes Agieren auf

Seiten der demokratischen Kräfte in der BRD (vgl. DBJR im Bereich der digitalen Medien). Es gibt mobile und stationäre

Beratungsteams und Institutionen, die Vernetzung und gegenseitige Unterstützung organisieren können.²

Anmerkungen

1 Das hier Beschriebene umfasst einen Zeitraum bis Ende 2019, dies kann bedeuten, dass neueste Entwicklungen noch nicht berücksichtigt werden konnten. Dies gilt zum Beispiel für rechte Aktivitäten im Kontext Corona und die von verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz angestrebte Einstufung der AfD als Verdachtsfall.

2 Vgl. dazu Amadeu Antonio Stiftung www.Amadeu-Antonio-Stiftung.de und Bundesverband Mobile Beratung <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de>. Auf deren Homepage finden sich auch Adressen regionaler Beratungsstellen: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort>.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG: **Positionieren Konfrontieren Streiten** – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin, 2017; DIES.: **Demokratie in Gefahr**. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Berlin 2019

BERTELSMANN-STIFTUNG: **Populismusbarometer 2020**. Gütersloh 2020

BLOME, MATHIS, MANTHE, BARBARA (HG), im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA) e. V.: **Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus**. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand. Düsseldorf 2014

BRENNER, GERD, Stichwort: **Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus 1 und 2**. Eine bibliographische Sichtung. In DEUTSCHE JUGEND, 66.Jg., 7/8-2018 und 9-2018, S. 349 ff.

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING: **Rechtspopulismus entgegnetreten**. Entschließung. Berlin 2016

DECKER, BRÄHLER (HG.): **Autoritäre Dynamiken**. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismusstudie. In Zusammenarbeit mit der Heinrich Böll Stiftung und der Otto Brenner Stiftung. Giessen 2020

DRÜCKER, A. (HG.): **Kontinuitäten und neue Perspektiven** – 30 Jahre IDA: Von der Antirassismusbearbeitung zur Rassismuskritischen Bildungsarbeit. Düsseldorf 2020

DUCKSTEIN, PITTSCHKE: **Herausforderung AFD**. Zur Zusammenarbeit im hannoverschen Jugendhilfeausschuss. AFD im Jugendhilfeausschuss. (Powerpointpräsentation). Stadtjugendring Hannover e.V. Hannover 2017

GIESSELMANN, BENTE U.A.: **Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe**. Frankfurt 2019

HAFENEGER, BENNO U.A.: **Die AfD und die Jugend**. Frankfurt / M 2021

HAFENEGER, BENNO, U. A.: **AfD in Parlamenten**. Frankfurt 2018

HAFENEGER, BENNO, U. A.: **Kinder- und Jugendpolitik der AfD**. In: DEUTSCHE JUGEND, 66. Jg., Heft 7/8 2018

HUFER, KLAUS-PETER: **Neue Rechte, Altes Denken**. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker. Weinheim 2018

IDA – INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM FÜR ANTIRASSISMUSARBEIT E.V.: **Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus**. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand. Düsseldorf 2014

LANDESJUGENDRING NIEDERSACHSEN: **Aufwachsen mit rechter Gewalt**. Erfahrungen – Fakten – Widerstand. Hannover 2020

SÄMANN, JANA: „**Dieser Angriff gilt nicht nur uns, sondern einer demokratischen Zivilgesellschaft überhaupt...**“ Das Postulat eines Neutralitätsgebotes als Strategie der Delegitimierung emanzipatorischer Kinder – und Jugendarbeit. In: DEUTSCHE JUGEND, 66.Jg, Heft 10_2020, S. 242 ff.

SALZBORN, SAMUEL: **Angriff der Antidemokraten**. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim 2017

SCHWERTHELM, MORITZ U.A.: **Politische Interventionen der AfD im Arbeitsfeld der offenen Kinder- und Jugendarbeit** – eine Tiefenbohrung. In: HAFENEGER, Benno, 2021 Stadtjugendring Hannover, (DUCKSTEIN, PITTSCHKE): **Herausforderung AFD**. Zur Zusammenarbeit im hannoverschen Jugendhilfeausschuss. PPP. Hannover 2017

ZICK, ANDREAS, U. A. (HG): **Verlorene Mitte – Feindselige Zustände**. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. (Für die Friedrich-Ebert-Stiftung hg. v. FRANZISKA SCHRÖTER. Berlin, 2019)

MUT – zur kritisch-demokratischen Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

Einleitung

Die asylfeindlichen, rassistischen Kundgebungen und Mobilisierungen, heterosexistischen und antifeministischen Debattebeiträge sowie völkisch-autoritäre (Re-) Organisationen des letzten Jahrzehnts haben in beträchtlichem Maß zur Normalisierung rassistischer und anderer antidemokratischer Positionen beigetragen. In Schlagworten und Parolen wie „Deutschland schafft sich ab“, „Islamisierung des Abendlandes“ oder „Umvolkung“ spiegeln sich Meinungen, die eben nicht ‚randständig‘, sondern vielfach akzeptiert sind. Insbesondere Ressentiments gegenüber Migrant*innen und Muslimen sind verbreitet. Rechtsmotivierte Angriffe auf Marginalisierte und Andersdenkende sind weiterhin besorgniserregend hoch. Und demokratie-ablehnende Akteur*innen verzeichnen deutliche Geländegewinne in der bürgerlichen Mitte und schaffen entsicherte Zustände. In dieser Gemengelage begleitet und berät der Arbeitsbereich „MUT“ bei der AGJF Sachsen e.V. Fachkräfte bei der strategischen Auseinandersetzung mit Ablehnungshaltungen bei jungen Menschen, Ausgrenzungsdynamiken vor Ort und in der Weiterentwicklung einer lebensweltorientierten, demokratischen Bildung im Arbeitsfeld.¹

Ein Fall aus der Praxis

Die Jugendarbeit, für die politische Bildung ein zentraler Auftrag ist, spürt die eingangs

genannten gesellschaftlichen Verwerfungen in unterschiedlichem Ausmaß und ist auf verschiedenen Ebenen in ihrem professionellen Handeln herausgefordert. Das folgende Beispiel aus der Beratungspraxis soll dies kurz illustrieren.

Der beratungssuchende Träger formulierte den generellen Bedarf nach Auseinandersetzung mit Rassismus und Ablehnungshaltungen, nachdem sich Fachkräfte vermehrt mit asylfeindlichen und demokratieablehnenden Haltungen in der Praxis konfrontiert sahen. Es wurden zum einen punktuelle Vorfälle benannt, in denen sich das Team direkt mit Akteuren aus neonazistischen Strukturen auseinandersetzen musste, die z. B. Besucher*innen bedrohten, im offenen Treff auftauchten, um Jugendliche anzusprechen oder die Clubräume für Veranstaltungen mieten wollten. Während in diesen Fällen schnell ein klarer Umgang in Form von Abgrenzung gefunden werden konnte, bereiteten weniger eindeutige Fälle den Fachkräften mehr Kopfzerbrechen. So beobachteten sie etwa bei „ganz normalen“ Besucher*innen, dass diese sich in letzter Zeit häufiger diskriminierend oder abwertend gegenüber Geflüchteten bzw. generell zum Thema Asyl äußerten. In den akuten Situationen fühlten sich die Fachkräfte oft verunsichert oder überfordert, wie sie hier angemessen reagieren könnten. Auch im Nachhinein sei es schwer, mit den Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen und sie in Diskussionen zum Umden-

MUT

VIELFALT. LOKAL. STÄRKEN.

ken zu bewegen. Teilweise kam es im Club auch zu Auseinandersetzungen zwischen Stammbesucher*innen und Jugendlichen mit Fluchterfahrung oder Migrationsgeschichte. Vor diesem Hintergrund hatten die Fachkräfte den Wunsch, vor allem Situationen und Verhaltensweisen ihrer Adressat*innen besser einschätzen zu können, sicherer in konfliktreichen Situationen agieren, die Jugendlichen zum Nachdenken anregen und generell – auch mit Blick auf andere Nutzer*innen - eine offene Atmosphäre im Jugendhaus mit Gesprächsbereitschaft und gegenseitiger Anerkennung zu schaffen.

Dies führte zu einem gemeinsamen Prozess mit dem MUT-Projektteam, in dessen Verlauf weitere Herausforderungen deutlich wurden. So zeigte sich in den gemeinsamen Arbeitstreffen, dass Adressat*inneneinschätzungen, Problemwahrnehmungen und pädagogische Vorgehensweisen im Team in einzelnen Fällen sehr unterschiedlich gelagert waren. Dass Fachkräfte aufgrund dieser Einschätzungen in den Interaktionen mit Besucher*innen unterschiedlich reagierten bzw. auch nicht reagierten, ließ ungewollte Spuren in den Beziehungen zu den Adressat*innen und in deren Haltungsbeständen befürchten. Der Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie wurden zunächst andere Reflexionsschritte vorangestellt. Es ging vorrangig darum, sich über unterschiedliche, professionelle Haltungen im Team auszutauschen. Nicht, um sich im Beratungssetting besonders so-

zialpädagogisch schmeichelhaft und weitgehend assoziativ einer vielgestaltigen Gleichwertigkeit unterschiedlichster Positionen zu nähern, sondern vielmehr, um die jeweiligen, subjektiven Perspektiven für sozialpädagogische Interventionen und damit verbundene Ziele zu explizieren und konkret zu beschreiben. Gleichzeitig bildet die Auseinandersetzung um Haltungen immer auch eine Brücke, sich weitergehend mit Themen wie Rassismus, Heterosexismus und letztlich mit einer gesellschaftlichen Totalität auseinanderzusetzen, an der individuelle Wertebestände und darauf aufbauende, professionelle Haltungen, sollen sie emanzipatorisch und demokratisch bildend wirken, konkretisiert werden müssen.

Über die Beschäftigung mit Haltungen rückte schließlich auch die Wahrnehmung der Einrichtung im Gemeinwesen in den Blick. Hier benannten Fachkräfte die Herausforderung, mit ihrer demokratischen Arbeit demokratieablehnenden Akteuren grundsätzlich schon ein Dorn im Auge sein. Sie werden als „links versifft“ oder „linksextrem“ diffamiert, was bei einigen Fachkräften dazu führt, sich nach außen möglichst unpolitisch zu geben, um keine weitere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Der umrissene Beratungsfall ist ein Stück weit exemplarisch im Hinblick auf die verschiedenen Ebenen, auf denen sich die Herausforderungen in der Praxis beim Umgang mit Ablehnungshaltungen und der Gestaltung einer demokratischen Praxis zeigen. Sowohl im Einrichtungsalltag, im Team und im Gemeinwesen können antidemokratische Dynamiken wirken bzw. Fachkräfte mit spezifischen Ausprägungen auch in Form von konfliktsuchenden Akteuren konfrontiert sein. Auf jeder Ebene sind die Aufträge und Fragen, die sich für das fachliche Handeln ergeben, aber jeweils etwas anders gelagert. In den Einrichtungen betreffen sie die pädä-

gogische Interaktion mit den Adressat*innen und den Umstand, dass konkrete Fälle in der Praxis trotz wiederkehrender Phänomene überall höchst individuell konturiert sind (z. B. in Bezug auf Motive hinter Äußerungen und Verhaltensweisen). Es gibt demzufolge – so trivial diese Ausführung erscheinen mag – keine pauschalen Lösungen oder Handlungsleitfäden. Im Team setzt ein gemeinsames, strategisches Vorgehen wiederkehrende Auseinandersetzungen zu professionellen Haltungen und Falleinschätzungen voraus. Es geht um nichts Geringeres als Professionalität. Auf der Ebene des Gemeinwesens rückt schließlich der Aspekt des eigenen politischen Aktivismus in den Blick. Es gilt, Multiplikator*innen und Interventionsmöglichkeiten im und ins Gemeinwesen als Teil strategisch angelegter Prozesse mitzudenken.

Herausforderungen im Einrichtungsalltag

Fachkräfte machen im Einrichtungsalltag verschiedene Beobachtungen in Bezug auf Hinwendungsprozesse junger Menschen zu rassistischen und demokratieablehnenden Deutungs- und Verhaltensmustern. Wie auch im beschriebenen Beispiel spielen diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen etwa in pauschalisierenden, abwertenden Erzählungen über Geflüchtete, homophoben Sprüchen und Beleidigungen oder heterosexistischen Performances (sexistischer Hip Hop in der Sofa-Ecke) eine große Rolle dabei. In geringerem Ausmaß wird diesen und anderen Gruppen gegenüber auch Gewalt in Erwägung ziehende Sprache benannt, sowie tatsächliche gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Einrichtung. Im Rahmen eines Fachaustausches berichteten Jugendarbeiter*innen einer großstädtischen Einrichtung bspw. von wie-

derkehrenden „Überfällen“ über einen gewissen Zeitraum hinweg: Konflikte zwischen geflüchteten und autochthonen Jugendlichen gipfelten darin, dass Beteiligte entlang von „Meldeketten“ Freunde und Bekannte von außerhalb mobilisierten, die kurz darauf als martialische Gruppe im Club auftauchten, um anwesende Besucher*innen und das Personal einzuschüchtern und anzugreifen.

Im Analogen wie im Virtuellen werden Adressat*innen, aber in den letzten Jahren auch verstärkt Eltern oder Nachbar*innen, außerdem durch explizite Aufforderungen sichtbar, bestimmte Besucher*innengruppen aus der Einrichtung bzw. darüber hinaus auszuschließen („hier sollen keine Ausländer her“). Offen antisemitische Positionen werden meist punktuell z. B. in Form von Beleidigungen geäußert („du Jude“). Mitunter ergießen sie sich aber auch als schwallartige Aneinanderreihung von völkisch-nationalistischen Narrativen in Gesprächs- und Diskussionssituationen in der Einrichtung oder in Kommentarspalten und Chats sozialer Netzwerke. Ähnliches beobachten Fachkräfte zum Themenfeld Verschwörungsglauben. Als Indiz für eine stärkere Beschäftigung mit antidemokratischen Narrativen und Weltbildern wird auch gewertet, wenn Jugendliche in ihrem alltäglichen Sprachgebrauch plötzlich einschlägige Begriffe und Chiffren (bspw. „großer Austausch“, „Gutmenschen“, „Impfskeptiker“) verwenden.

Die performative Einübung in Ablehnungshaltung lässt sich auch außerhalb der Einrichtungen beobachten, etwa wenn Besucher*innen an entsprechenden politischen Versammlungen teilnehmen, ablehnende Haltungen zunehmend in ihren weiteren Alltagsbezügen artikulieren und in diesem Zusammenhang auch intensiver in sub-kulturelle Szenen eingebunden sind, in denen diese Haltungen vorherrschen und die Selbstinszenierung prägen (z. B. bestimmte

Fan- und Sportszenen). Und schließlich registrieren Jugendarbeiter*innen auch damit einhergehende Veränderungen von Gruppenkonstellationen innerhalb und in Peerbezügen außerhalb der Einrichtung.

Gibt's da nicht Methoden?

Angesichts dieser Beobachtungen dominiert bei Jugendarbeiter*innen die Frage des Umgangs mit rassistischen und anderen diskriminierenden Haltungen in der Praxis. Im Vordergrund steht dabei sehr häufig das Bedürfnis nach den „richtigen“ Argumenten mit dem Ziel „erfolgreicher“ situativ-anlassbezogener Reaktionen auf bestimmte Äußerungen. Darüber hinaus werden aufgrund der unter Druck setzenden Situation häufig konkrete, arbeitsfeldtaugliche Methoden bzw. Techniken zur Demokratiebildung gesucht. Die Konfrontation mit ablehnenden und menschenfeindlichen Haltungen ist für Fachkräfte in verschiedener Hinsicht eine besondere Herausforderung. Problematische Sprüche oder andere herausfordernde Situationen ereignen sich für gewöhnlich spontan und treffen die Fachkräfte daher oft unvorbereitet. Die einzelnen Aussagen belasten auch emotional: die Fachkräfte selbst, je nach eigener Betroffenheit, Haltung und der Beziehung zu der sich entsprechend äussernden Person, von der man das vorher vielleicht nicht erwartet hat; wie auch das Gefüge und spezifische Nutzer*innen der Einrichtungen. Daraus ergibt sich für viele Fachkräfte ein hoher Druck, in diesen Situationen „richtig“ zu handeln. Dieser ist abgeleitet aus dem eigenen fachlichen Auftrag und den (Wirkungs-) Erwartungen, die von außen aus Verwaltung, Politik und Lokalgesellschaft an das Arbeitsfeld herangetragen werden. Vor diesem Hintergrund versprechen normierte Abläufe und überzeugende Argumente scheinbar Handlungssicherheit und demokratiepädagogischen Erfolg.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich den Fachkräften jedoch meist, dass ein entsprechend sozialtechnisch-instrumentelles Bildungsverständnis im Kontext der (offenen) Jugendarbeit zu kurz greift. Standardisierte Techniken und Bildungsformate (z. B. in Form von ausgetüftelten themenspezifischen Workshops) können nicht losgelöst von bestehenden Dynamiken und notwendigen Prozessschritten Hauptaspekt fachlichen Handelns in diesem durch Niedrigschwelligkeit, Alltagsorientierung und Freiwilligkeit geprägten Settings stehen.

Fragen, nichts als Fragen

Professionelles Handeln besteht auch mit Blick auf Strategien zur demokratischen Bildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu einem viel größeren Teil darin, den Raum und die dort stattfindenden Interaktionen und Handlungsweisen wahrzunehmen, teilnehmend zu beobachten, in seinen spezifischen Dimensionierungen zu entschlüsseln und auf dieser Grundlage Gelegenheitsstrukturen für demokratische Bildungs- und Aneignungsprozesse zu schaffen. Diese Aufgaben sind komplex und anspruchsvoll. Sie geraten jedoch angesichts starker Tätigkeits- und Wirkungserwartungen in Bezug auf sozialpädagogisches Handeln als standardisierbare Bildungspraxen allzu oft aus dem Blick. Aus unterschiedlichen Gründen ist es aus dem laufenden, dichten Praxisalltag heraus oft nicht einfach, bestimmte Adressat*innen differenziert und zugleich konkret zu beschreiben und dabei zu berücksichtigen, was die Jugendlichen neben den auffallenden Ablehnungshaltungen noch präsentieren. Entsprechend verstellt und nicht immer einfach zu entschlüsseln sind Ansatzpunkte – individuelle Motive, Interessen, Anforderungserfahrungen –, die sich daraus für die (sozial)pädagogische Arbeit ergeben.

Neben der aufmerksamen Beobachtung und Wahrnehmung, ist es unabdingbar, dass Fachkräfte sich über das Aufgreifen von Gelegenheitsstrukturen in direkte Interaktion mit Adressat*innen begeben. Nur so können Maßnahmen und Angebote tendenziell an den Interessen der Jugendlichen anschließen und Themen tatsächlich lebenswelt- und erfahrungsorientiert bearbeitet werden. Grundlegend bedeutet dies einmal mehr: weniger Wissen, mehr Nicht-Wissen. Auch hier bietet sich eine fragende Haltung zur Klärung der sozialpädagogischen Ausgangsbedingungen an. So lassen sich Eindrücke und Wahrnehmungen junger Menschen zu für sie relevanten Themen heben und wird eine Annäherung an ihren Deutungen von Welt und Alltag möglich.

Was sich zunächst selbstverständlich anhören mag, wird von Praktiker*innen durchaus als herausfordernd beschrieben. Gesprächssituationen, in denen wirklich nachgefragt, ergründet, erzählt und abgewartet werden kann, sind eher selten. Dies wird einerseits der hohen Dynamik des Arbeitsfeldes zugeschrieben, andererseits fehlt Wissen und Übung in einer zielgeleiteten Gesprächsführung im beschriebenen Setting. Es wird meist nicht davon ausgegangen, dass Gespräche anzubahnen und die zugrunde liegende Haltung des Nicht-Wissens als methodisches Handeln eingeübt werden können, ganz im Gegensatz zu den bereits benannten Argumentations- und Sensibilisierungs-Trainings. Da diese jedoch tendenziell eher darauf zielen, das Gegenüber mit Fakten zu überzeugen und das Motiv mitschwingt, spontane Wortgefechte zu „gewinnen“ und/oder das Gegenüber durch Argumente zum Verstummen zu bringen, sind sie nur bedingt geeignet, das Eigentliche in den Haltungsbeständen hinter der Äußerung zu ergründen. Argumente können und sollen natürlich Teil

von Positionierung und von gemeinsamen Auseinandersetzungen sein. Die eigentliche Herausforderung ist jedoch, überhaupt an diesem Punkt eines offenen Gesprächs anzukommen.

Mehr als Einstellungen

Ablehnungshaltungen sind komplex. Man muss sie sich als ein bewegliches Geflecht vorstellen, in dem das eine das andere stabilisiert. Sie sind also nicht nur ein Bündel von Einstellungselementen, die auf derselben Ebene liegen, widerspruchsfrei zusammenhängen und sich gemeinsam auf einen genau bestimmbaren ‚ideologischen‘ Kern zurückführen lassen (vgl. dazu Möller et al. 2016). Ihre Komplexität steigert sich noch dadurch, dass sie auch mit Emotionen, mit tieferliegenden ‚unbewussten‘ sowie mit gesellschaftlichen und sozialräumlichen Prägungen, Dynamiken und Gruppenprozessen verknüpft sind. Dies macht die Sache nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis so herausfordernd.

Die jugendlichen Nutzer*innen der Einrichtungen, von denen Fachkräfte im Rahmen von Beratungen berichten, werden in Bezug auf jugendkulturelle und politische Zuordnungen als heterogen beschrieben. Es gibt von Ort zu Ort Unterschiede bezüglich der Zusammensetzung. In der großen Mehrheit erscheinen sie als unpolitisch, sind altersbedingt oft auch noch gar nicht vorrangig mit solchen Zuordnungen beschäftigt. Verbreitet scheint ein Typus von Jugendlichen, deren Einstellungen nicht ideologisch gefestigt sind, deren Positionierungen aber gleichzeitig durch stichwortartige Aufgriffe extrem rechter und rassistischer Diskurse und das Äußern von „Stammtischparolen“ geprägt sein können. Mit organisierten Neonazis, stark ideologisierten oder jugendkulturell erkennbaren ‚Rechtsextremen‘ hat man es im Rahmen der Offenen Arbeit nach

Einschätzung der Praxis vor allem über das lokale Umfeld zu tun. Dies schließt jedoch nicht aus, dass an manchen Orten und zu manchen Gelegenheiten auch Jugendliche aus der neonazistischen Szene oder mit Bezügen in völkisch-nationalistische und autoritär-populistische Kreise, die in den Gemeinwesen eine stets präsente Gruppe darstellen, die Einrichtungen nutzen. Unter diesen Bedingungen entstehen ‚Grauzonen‘, in denen sich wenig thematisierte, diskriminierende Alltäglichkeiten und Peerbezüge im kleinräumigen Kontext überlagern.

So beschreibt ein Jugendlicher einen Konflikt in einem im Rahmen eines Beratungsprozesses geführten Interviews mit einem Jugendarbeiter. Sein bester Freund, eine als links gelabelte Person, erfährt Ablehnung durch andere seiner Freunde: „Und da haben sich auch einige schon aufgeregt, wo ich dann gesagt hab‘: ‚Eh Leute, das ist mein bester Freund. Überlegt mal, was ihr hier sagt‘ [...] Na dadurch, dass einige meiner Freunde dann doch eher in die rechte Szene gehen, wird sich immer aufgeregt und alles Mögliche, wo ich dann gesagt hab‘: ‚Nee, überlegt was ihr sagt. Ich bin mit euch gerne befreundet, aber lasst die Kommentare einfach.‘ Und haben dann auch gesagt: ‚Ja gut, dann lassen wir’s.‘ Ich meine, wenn ich sie mitkriege, kann ich auch nichts machen, aber ich hab‘ sie dann erstmal soweit gekriegt, dass sie es gelassen haben.“ (DIETRICH/SCHUHMACHER 2020, S.44).

Der interviewte Jugendliche ist einerseits in das soziale Peergefüge integriert. Gleichzeitig steht er unter Druck, sich zu kreuzenden freundschaftlichen Verbindungen und politischen Haltungen bzw. subkulturellen Inszenierungen und damit einhergehenden Abwertungen zu positionieren. Sein Umgang besteht nicht in einer inhaltlichen Aushandlung oder einer entschlossenen, politischen Diskussion, sondern zeigt den

Versuch, einerseits Solidarität mit seinem Freund zu üben, gleichzeitig den sichtbar werdenden Konflikt ruhigzustellen und über die damit erfolgte Dethematisierung das erweiterte, freundschaftliche Gefüge nicht zu gefährden. Hier zeigt sich erneut die Notwendigkeit, das eigene Handeln entlang der Voraussetzungen im konkreten, lokalen Kontext zu gestalten. So scheint dem Jugendlichen nicht die Möglichkeit gegeben zu sein, seine demokratischen Überzeugungen vertiefend zu verteidigen, da er einen Bruch mit seinem sozialen Umfeld befürchten muss, den er scheinbar nicht wünscht. Auch das Handeln der Fachkräfte kann an dieser Stelle kaum mit dem Ziel verfolgt werden, dass der Jugendliche diesen Bruch in Kauf nimmt. Es besteht daher eine Alltagsroutine, an der sich keine idealtypische Demokratiebildungsangebote im Sinne einer vehementen Abgrenzung des Jugendlichen von seinen diskriminierenden Freunden entfalten lässt.

Diesen Alltagslogiken und möglichen Ansatzpunkten für eine solidarische Unterstützung und lebensweltbezogene Bildungsmomente auf die Spur zu kommen, war das Ziel dieses und weiterer Interviews, welche Fachkräfte im Rahmen vergangener Beratungsprozesse umgesetzt haben. Die Grundüberlegung dabei war, Erzählungen über den Alltag junger Menschen zu erhalten und darüber im Team Einblick in deren alltäglichen Deutungen und Herausforderungen zu erhalten und diese für entsprechende Prozesse nutzbar zu machen.



Die Herausforderungen, demokratische Professionalität zu gestalten

Jugendarbeit ist ein Feld der Demokratiebildung, da die alltäglichen Interaktionskontexte und Räume selbstinitiierteter Aktivitäten in besonderer Weise zu demokratischen Erfahrungen ihrer Besucher*innen beitragen können. Dieses Potential muss jedoch durch aktives professionelles Handeln eingelöst werden. Um erfolgreich an rassistischen und anderen Ablehnungshaltungen arbeiten zu können, benötigt es die Kompetenz der Fachkräfte, adäquat in Ausgrenzungsdynamiken zu intervenieren, um die Möglichkeiten zu erhöhen, dass Räume auch als solidarische Schutz- und Entlastungsräume erfahren werden können. Eine Auseinandersetzung mit persönlichen Haltungen im Team, wie sie auch im beschriebenen Eingangsbeispiel im Rahmen der Beratungsprozesse angeregt wurde, ist hierfür zentral, da sie professionelles Handeln prägt.

Haltung, Reflexion und Relationierungskompetenz

Die Ansprüche an Professionalität im komplexen, dynamischen Feld Jugendarbeit sind hoch. Generell gilt es, ein alltagsnahe Freizeitsetting in ein gestaltetes Setting pädagogischer Interventionen zu überführen. Dabei ist Jugendarbeit durchgehend – im Sinne einer emanzipatorischen Demokratiebildung glücklicherweise – mit eigensinnigen Reaktionen der jugendlichen Adressat*innen konfrontiert, die sich die räumlichen Anordnungen aneignen, umgestalten und pädagogische Ansprache unterlaufen. Praxis kann vor diesem Hintergrund nicht als starre Choreographie gedacht werden, sondern muss flexibel agieren. Das bedeutet, sie muss notwendig auf verinnerlichte Wissens- und Haltungsbestände zurückgreifen. Diese

vieldimensionalen Herausforderungen legen in der Erfahrung längere Prozessbegleitungen mit Teams im Themenfeld nahe. BECKER-LENZ und MÜLLER (2009) sprechen im o.g. Zusammenhang, der in den Beratungen gemeinsam in den Blick genommen wird, vom professionellen Habitus und betonen, dass sich dieser aus unterschiedlichen Anteilen zusammensetzt. Theoretisches (Ausbildungs-)Wissen macht hierbei nur einen Teil neben Beständen spezifischem Fall- und Praxiswissens, sowie auf berufsethischen Maximen und Zentralwerten beruhenden Haltungen aus. Sie werden zudem bewusst und unbewusst auch mit Alltagswissen und persönlichen Anteilen der Professionellen verschränkt.

„Also, das ist jetzt meine persönliche Meinung“

Die Haltungen der Professionellen als Teil ihres professionellen Habitus haben Auswirkungen auf deren sozialpädagogische Praxis. Subjektive Wahrnehmungen von Professionellen spielen eine entscheidende Rolle dabei, ob eine Situation als Problem definiert wird oder nicht, ob eine Äußerung als rassistisch oder sexistisch wahrgenommen wird oder nicht und wie die Motivation dazu verstanden wird. Fälle in pädagogischen Settings werden abhängig von den individuellen Haltungen, Werten und dem Selbstbild von Fachkräften konstruiert. Dabei sind Haltungen, welche als Professionelle vertreten werden, nicht trennbar von den Haltungen als Privatperson. Auch Fachkräfte stehen nicht außerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse, Diskurse und politischer Kulturen. Bei der hohen Verbreitung rassistischer Stereotype und menschenverachtender Einstellungen liegt es nahe, dass auch im Arbeitsfeld der Jugendarbeit zum Teil Fachpersonen anzutreffen sind, die problematische Haltungen teilen.

Zentral ist also, dass sich die Professionellen als Menschen in einer spezifischen Position wahrnehmen und auch ihre eigene Gewordenheit in den gesellschaftlichen Verhältnissen reflektieren und mit anderen in Relation setzen. Eine solche Auseinandersetzung braucht erfahrungsgemäß Zeit und geschützte Räume für (kollegialen) Austausch, die im hektischen Arbeitsalltag eher rar sind.

Es zeigt sich zudem, dass gerade im ländlichen Raum berufliche Rolle und Privatperson nochmals enger verwoben sind, weil es weniger Anonymität gibt als in größeren Städten, die eine Trennung der Bereiche erleichtern kann und auch durch die räumliche Nähe teilweise jederzeit Zugriff auf die Fachkräfte möglich scheint. Fachkräfte sehen sich hier auch in Gefahr, mit den eigenen kritischen Positionen (z. B. gegen Rassismus) ‚anzuecken‘ und Kritik oder sogar Bedrohungen und Angriffen (auch als Privatperson) aus dem Gemeinwesen ausgeliefert zu sein. Das kann sie in ein Dilemma mit ihrem professionellen Anspruch bringen und ebenfalls erschweren, dass eine gemeinsame Position im Team gefunden wird. Dieser lokale Kontext soll aufgrund seiner Relevanz in den Begleitungsprozessen im Folgenden weiter erörtert werden.

Lokaler Kontext als Chance und Grenze

Im Eingangsbeispiel zeigt sich noch eine weitere Ebene, auf der Praxishandeln in Bezug auf demokratieablehnende, völkisch-nationalistische Entwicklungen herausgefordert ist: die des umgebenden Lokalraums, indem sich die Einrichtung befindet. So wird einerseits der Alltag junger Menschen von Vorfällen, Erzählungen und Erfahrungen im Lokalraum entscheidend geprägt. Andererseits beschreiben Fachkräfte im

Laufe der Prozesse immer wieder, dass sie mit ihrer Arbeit und ihrem Auftreten in einem als politisch polarisiert beschriebenen Gemeinwesen von den einen als Teil solidarischer, demokratischer Strukturen wahrgenommen werden, von anderen hingegen als Teil der „anderen“, die durch ihre Offenheit für Diversität und Veränderung die Konflikte im Gemeinwesen mit anheizen. Dies zieht auch Vorwürfe des „Linksextrémismus“ nach sich, allein weil sich Träger und Fachkräfte mit Geflüchteten solidarisieren bzw. Einrichtungen für entsprechende Nutzer*innen öffnen wollen. Dabei trifft es auch Einrichtungen, welche sich mehr oder minder deutlich gegen Rassismus positionieren, offensichtlich aber auch mit jungen Menschen arbeiten, welche mindestens Kontakte in neonazistische Jugendszenen vor Ort haben.

Besonderheiten ländlicher Lokalräume

Der ländliche Raum weist unterschiedliche Spezifika auf, die auch das professionelle Handeln der Fachkräfte berühren. Diese können hier nicht weiter entfaltet werden, sollen aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit benannt sein. So wäre es, unter anderem, die größere soziale Nähe im gesamten Gemeinwesen. Dies betrifft die Adressat*innen, die, wie oben benannt, durchaus in heterogene Freundeskreise eingebunden sind und Solidarität im Gleichklang mit Konfliktvermeidung betreiben. Auch die persönliche Bekanntheit der Fachkräfte mit vielen Bürger*innen bis hin zum öffentlichen Träger und Lokalpolitik rahmen Konflikte oder rufen den Wunsch hervor, Konflikte zu umgehen. Dies führt im ländlicheren Raum dem aktuellen Eindruck nach häufiger dazu, dass Konflikte entweder nicht offen ausgetragen werden oder sich im Gemeinwesen parallel zu einer Normalisierung antidemokratischer und diskriminierender Haltungen eine ent-

politisierende Haltung entwickelt, was sich vermehrt auch bei jungen Menschen zeigt. Fachkräften gelingt es daher nur zum Teil, in politische Konflikte vorzudringen. Wohnen sie bekanntermaßen außerhalb, kann es wiederum vorkommen, dass sie erst recht als Teil derer markiert werden, die scheinbar Konflikte von außen ins Gemeinwesen hineinbringen. So gelingen zwar demokratische Interventionen bei jungen Menschen, in denen Deutungen ausgetauscht werden usw. Gleichzeitig kann es vorkommen, dass zur Absicherung von Abwendungsprozessen und Haltungsänderungen, die lokalen Verbündeten, welche demokratische Sichtweisen stützen, außerhalb der Einrichtung weitgehend fehlen. Dieses Fehlen zeigt sich zugespitzt an Vorfällen, wo in den vergangenen Jahren wieder verstärkt versucht wurde, Einrichtungen zu unterwandern oder „nationale“ Jugendzentren im Land aufzubauen. Gelingt es aber, mit den Adressat*innen und auch im lokalräumlichen Netzwerk offene und solidarische Räume zu gestalten, dann können gerade die hier benannten Qualitäten der ländlichen Räume auch eine Ressource darstellen. So kennt im Ort immer jemand jemanden, der*die bei Aktivitäten unterstützen kann, Ressourcen für Transport oder Material zur Verfügung stellt oder auch Zugriff auf bisher ungenutzte, aneignungsoffene Räume hat, die in den Ballungszentren teilweise bereits rar sind. Auch kann es in einem überschaubaren Gemeinwesen gelingen, Aktionen und Erfahrungen von Solidarität schneller bekannt zu machen und neue Verbündete zu gewinnen. Hier nimmt sich auch positiv aus, dass Offene Einrichtungen und Träger durch ihre lange Präsenz in den Orten, bei aller Distanziertheit, meist auch doch einen gewissen Respekt und verstohlene Wertschätzung als Orte des Sozialen genießen.

Mehr als Metapraaxis

Fast könnte es durch die oben gemachten Ausführungen scheinen, als überführte die Prozessbegleitung Fachkräfte vor allem in eine Rolle der ständig reflektierenden Beobachter*innen. Dem ist nicht so. Die geschilderten Auseinandersetzungen führen aber dazu, die Arena der Einrichtung wie auch den Kontext neu in den Blick zu nehmen und Interventionen strategischer zu setzen. So können Fachkräfte sicherer demokratische Diskussionen führen und menschenrechtliche Positionen einbringen, wenn rassistische oder andere diskriminierende Äußerungen in den Raum gestellt werden, wenn sie um die geteilte, professionelle Haltung im Team wissen und sich darauf verlassen können, dass Kolleg*innen, wenn auch mit anderen Worten, so aber doch die gleichen Werte vermitteln wollen. Mit einer Bewusstheit für bestehende Anordnungen, materiell wie zwischen den beteiligten Personen, gelingt es Fachkräften auch besser, gute Gesprächsanlässe zu generieren und Situationen zu nutzen, die sich ihnen in der alltäglichen Praxis bieten. Häufig geht es in Prozessen demokratischer Bildung auch darum, Demokratie und demokratische Konflikte in den Räumen erfahrbar zu machen, Beteiligungsmöglichkeiten auf den Prüfstand zu stellen und politische Themen in den Räumen sichtbar zu machen. Dies können Hinweise auf politische Veranstaltungen sein, Plakate mit politischen Themen oder mit dem Potential, politische Debatten anzuregen, die regelmäßig wechselnd präsentiert werden. Auch mehrsprachige Auslagen, die offensichtliche Beteiligung an politischen Veranstaltungen oder das neue Mädchenangebot stellen Sichtbarkeit für politische Themen her.

Letzteres schloss sich in einem Beratungsprozess an die Thematisierung von geschlechtlichen Anforderungen an. Da eine

Kollegin regelmäßig mit einer Mädchenli- que arbeitete, konnte sie deren alltägliche Themen – hier ging es um Konflikte in der Freundschaft, Zugehörigkeit und persönliche Werte – gelingend in ein passendes, zeitlich begrenztes Gruppenangebot überführen. Kolleg*innen anderer Einrichtungen stellten über Musikangebote in den Ferien neue Begegnungsmöglichkeiten her, die zur migrationsgesellschaftlichen Öffnung der Einrichtung und, ganz konkret, zu einem neuen freundschaftlichen Kontakt der Beteiligten beitrug. Wieder andere Kolleg*innen luden einen Autor aus der Ultraszene zu einem Diskussionsabend in der Einrichtung ein. Die jugendlichen Fans, sonst eher wenig an „politischen“ Veranstaltungen interessiert, diskutierten hier offen und engagiert über Sexismus und Homophobie im Stadion.

Dies zeigt, dass sich über die alltägliche Interaktion in der Freizeit der Jugendlichen und verknüpft mit den niedrighwelligen Aktivitäten im offenen Bereich durchaus dezidiert angebotsförmige Maßnahmen zur Demokratiebildung und Arbeit an Ablehnungshaltungen in Gang setzen lassen. Einzig der Weg dahin ist vom motivierten, perspektivoffenen und professionell interessierten Jagen und Sammeln der Themen der Nutzer*innen geprägt und nicht durch die Wunschthemen der Professionellen zu ersetzen.

Auch wenn die Beispiele die (Beratungs-) Praxis in Sachsen abbilden: Eine entsprechend lebensweltorientierte, die Beson-

derheiten des Arbeitsfeldes und des umgebenden Lokalraums im Blick behaltende, strategische Herangehensweise lässt sich auch auf andere regionale Kontexte übertragen. Sie ist eine grundlegende Perspektive in der Auseinandersetzung mit Ablehnungshaltungen und der Umsetzung demokratischer Bildung in der Jugendarbeit. Demokratie stellt sich nirgendwo von selbst her, sondern muss überall immer wieder aktiv gestaltet werden. Dies reformuliert die zentrale Relevanz des Arbeitsfelds in Zeiten eines wachsenden völkischen Nationalismus und autoritären Populismus auf nationaler und internationaler Ebene. In der Jugendarbeit bieten sich im besten Fall Räume an, in denen begrenzende Anforderungen, strukturelle Ausgrenzungen und vielfältige Herabwürdigungen emanzipatorisch in Frage gestellt und in denen Solidarität in und durch Demokratie gestaltet und in den lebensweltlichen Alltag übersetzt werden kann.

Längerfristige moderierte Beratungsprozesse bieten Fachkräften und Teams dabei einen strukturierten Rahmen für Auseinandersetzung und Austausch. Als Schnittstelle zu Theorie und an den Bedarfen der Praxis orientiert, können sie Regelpraxis flankieren und Transfer unterstützen. Indem sie so zur Stärkung der Fachkräfte in ihrer Professionalität mit Fokus auf Haltungen und methodische Handlungskompetenz beitragen, wird auch das demokratische Aufwachsen junger Menschen gestärkt.

AUTOREN

Romy Nowak und Kai Dietrich

arbeiten bei der AGJF Sachsen e.V. im Projekt *MUT-Interventionen. Vielfalt Lokal Stärken*. Das Projekt unterstützt Fachkräfte der Jugendarbeit und der Sozialen Arbeit u. a. durch Beratungen vor Ort in der Auseinandersetzung mit Rassismus und bei der Umsetzung alltagsnaher demokratischer Bildung.

<https://www.agjf-sachsen.de/mut-vls.html>

 **Anmerkung & Literatur folgende Seite**

Anmerkung

1 Der vorliegende Artikel bezieht zentrale Ergebnisse und Passagen des vorab veröffentlichten Abschlussberichtes zum Modellprojekt „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prä-

vention gegen Rassismus im Gemeinwesen“ in seine Ausführungen mit ein (vgl. AGJF Sachsen e. V., 2019).

Literatur

AGJF SACHSEN E.V. (2019): „**Auch wenn alle anderen dagegen sind**“. Potentiale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Abschlussbericht des Modellprojekts „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“

BECKER-LENZ, R.; MÜLLER, S. (2009): **Die Notwendigkeit von wissenschaftlichem Wissen und die Bedeutung eines professionellen Habitus für die Berufspraxis der Sozialen Arbeit**. In: BECKER-LENZ, R.; BUSSE, S.; EHLERT, G. (HG.): **Professionalität in der Sozialen Arbeit**. Standpunkte, Kon-

troversen, Perspektiven. 2. Auflage. Wiesbaden, S. 195 – 221.

DIETRICH, K.; SCHUHMACHER, N. (2020): **«Bollwerk» der Demokratie?** Oder: Das Ziel von Jugendarbeit ist Freiheit. In: FORUM FÜR KINDER- UND JUGENDARBEIT. 2/2020

MÖLLER, K.; GROTE, J., NOLDE, K., SCHUHMACHER, N. (2016). **«Die kann ich nicht ab!»** – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Anzeige

Streetdance in Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V.

Der Fotobildband zeigt die Streetdancer in Aktion: im Alltag, beim Training, bei Shows und Contests. Auch die Orte, an denen diese besondere Form der Jugendkultur zu finden ist, werden ins Bild gerückt: die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg. In kleinen Texten, Statements und Geschichten erzählen Tänzer/innen und Mitarbeiter/innen von ihrer Leidenschaft. Sie geben Einblick in ihre Erfahrungen, ihre Ideen, in Schwierigkeiten und Erfolge und in das, was sie immer wieder am Streetdance begeistert.

Bezug:

108 Seiten, **Preis: 5,- €** zzgl. Versandkosten



Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V.

Siemensstr. 11 · 70469 Stuttgart

Tel.: 0711-8969 15-0 · Fax: 0711-8969 15-88

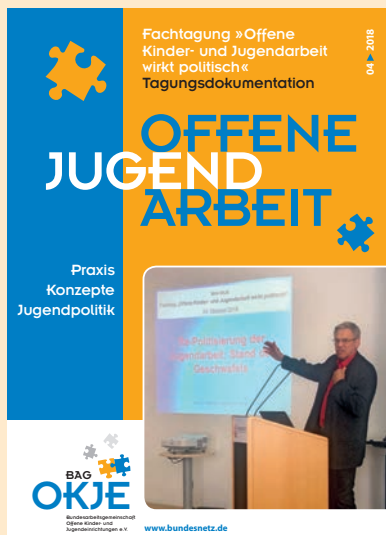
E-Mail: info@agjf.de

www.agjf.de/index.php/shop.html

www.streetdance-bw.de



Die neuesten Trends aus der Offenen Jugendarbeit. Mit einem Abonnement unserer Fachzeitschrift.



Erscheint viermal im Jahr
zum Preis von 15,- €.
Das Abo ist erhältlich bei:

BAG-OKJE e. V.
Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen
Volker Rohde
 Lehderstraße 117 · 13086 Berlin
 Tel.: 030-32599 202
Mail: oja@bag-okje.de
info@bag-okje.de
www.offene-jugendarbeit.net

Die Hintertür gegen Rechtsextremismus

Jugendarbeit als Widerspruch

Im Rahmen meines Bachelorstudiums beschäftigte mich nunmehr vor über zehn Jahren die wesentliche Frage, wie Jugendarbeit wieder wirkmächtig und wie ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung aussehen kann. Dabei kam ich zu dem Schluss, dass eine Jugendarbeit, welche nach dem §11 SGB VIII Selbst- und Eigenständigkeit bei jungen Menschen fördern will, innerhalb der sehr heterogenen Profession der Sozialen Arbeit einen gewissen Grad an Autonomie und professioneller Selbstständigkeit braucht, um tatsächlich entsprechend dieser Zielstellung arbeiten zu können. Will man* nun genau an diesem Punkt herausarbeiten, wie das möglich werden kann, wird man mit drei wesentlichen Problemen konfrontiert, welche zwingend bearbeitet werden müssen. Leider beschränken sich diese Schwierigkeiten nicht nur auf den praktischen, sondern auch theoretischen Bereich der Jugendarbeit. Damit jedoch nicht genug, denn auch die Gesellschaft, als dritter Punkt, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Dieser Artikel soll sich mit diesem dritten Punkt, ich werde ihn folgend als die äußeren Faktoren bezeichnen, auseinandersetzen. Die inneren Faktoren, welche eher im praktischen und theoretischen Bereich der Jugendarbeit zu finden sind, sind so vielschichtig, dass hier nur ein kurzen Abriss zur Herstellung des Gesamtkontextes möglich ist.

Als ich ab dem Jahr 2012 damit begann, die Konzeption der emanzipatorischen Jugendarbeit „Dorf der Jugend“ in seiner ide-

alisierten und utopischen Erstfassung¹ zu formulieren (BURDUKAT 2018), trieb mich stets die Frage um: „Was ist Jugendarbeit?“ Einen ersten Ansatz dazu fand ich in dem gleichnamigen Buch von MÜLLER U. A. 1972, welches mir dabei half, durch den 2. Versuch von KENTLER (Jugendarbeit als Aufklärung) einen theoretischen Ansatz zu bekommen, um zu beschreiben, was Jugendarbeit sein könnte und was wir ggf. darunter verstehen. Gleichzeitig wurde mir bewusst, dass es für den Weg – den emanzipatorischen –, den ich mir für Jugendarbeit vorstellte, keine wirklichen anderen theoretischen Bezüge aus dem Bereich der Jugendarbeit gibt. Die Lebensweltorientierung nach THIERSCH oder die Subjektorientierung nach SCHERR helfen einem zwar weiter, dennoch ist ein wirklicher emanzipatorischer Anspruch nur sehr fragmentiert zu erkennen.

Die Ursachen dafür sind sehr unterschiedlich und ich möchte mir noch nicht herausnehmen zu wissen, warum die Theoriebildung im Bereich der Jugendarbeit nahezu nicht mehr vorhanden ist. Ich möchte mir auch nicht herausnehmen, die Frage zu beantworten, warum die Praxis hier keine theoretische Weiterentwicklung einfordert – wenngleich ich eine grobe Idee von Antworten darauf habe. Ich möchte hier lediglich konstatieren, dass dem so ist und es hier eine enorme Leerstelle gibt, welche zwingend gefüllt werden sollte. Meine individuelle und für meine Arbeit handlungsleitende These ist, dass es damit zu tun hat, dass Jugendarbeit, gedacht in einem emanzipa-

torischen Sinn, nicht voll und ganz in das Feld der Sozialen Arbeit passt, und dass die Soziale Arbeit als Profession zu vielen Zwängen unterworfen ist, als dass sie Rücksicht auf Emanzipation nehmen könnte. Soziale Arbeit, als „Kind der Moderne“ (vgl. SEITHE 2012), hat sich im überwiegenden Teil seiner Arbeitsfelder auf Platzierung und Ausschließung im Vergesellschaftungsprozess (nach CREMER-SCHÄFER 2001 und KUNSTREICH 2001), bezogen auf die Klient*innen, fokussiert und somit wird dem Ordnungs- und Kontrollmechanismus ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen als dem Emanzipatorischen, der auf Teilhabe ausgerichtet ist. Dies wiederum führt zu einem permanenten Legitimationsdruck, der auf Soziale Arbeit und damit auch auf die Jugendarbeit einwirkt. Dieser wird durch den Kontext der Dienstleistungsperspektive, eingebettet in das Zusammenspiel von Staat und Wohlfahrtsverbänden, als Sozial- oder Wohlfahrtsstaat noch verstärkt (vgl. BURDUKAT 2020). Es scheint bei all diesen Schauplätzen, schon jetzt, als schwieriges Unter-

fangen, emanzipatorische Jugendarbeit zu beschreiben und vor allem praktisch umzusetzen – dabei bin ich noch nicht einmal auf die Begriffsungenauigkeit von „Jugend“ und auf das vollkommen diverse Verständnis von Jugendarbeit eingegangen, welches in Theorie und Praxis dafür sorgt, dass alle davon reden, aber scheinbar auch alle unterschiedliches meinen, wenn sie davon reden.

Im Bachelor- und Masterstudium wurde mir immer wieder suggeriert, dass Soziale Arbeit ein ständiges Arbeiten und prozesshaftes Handeln in Widersprüchen ist, jedoch schätze ich es als sehr problematisch ein, wenn nicht nur das Handeln, sondern auch die Begrifflichkeiten und das Verständnis widersprüchlich sind. Emanzipatorische Arbeit zielt auf einen Konflikt und auf einen Widerspruch mit der Gesellschaft ab, wenn aber schon der Weg zu diesem Ziel ein fortlaufender Widerspruch ist, wie soll dann gesellschaftliche Mitverantwortung getragen und Entwicklung passieren, wenn überhaupt nicht klar ist, ob dies das Ziel ist, auch wenn es so im SGB VIII formuliert wurde? Denn

Anzeige

#socialworker

tobias-burdukat.de

f t i

Weiterbildung zu emanzipatorischer Jugendarbeit
 Vorträge zu Jugendarbeit und ihren Konflikten
 Beratung zu Selbstverwaltung, Freiraum,
 Konzeptentwicklung, Sozialstaat vs. Jugendarbeit,
 Spannungsfeld Neutralität

Kontakt: mail@tobias-burdukat.de

genau aus dem Ziel der gesellschaftlichen Mitverantwortung würde sich eine Entwicklung ergeben, welche schlussendlich zu einer Überwindung von Rechtsextremismus und im Allgemeinen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit führen könnte.

Die äußeren Faktoren

Wie zuvor schon beschrieben, wirken nicht nur die praktischen, theoretischen und internen begrifflichen Wirrungen auf die Jugendarbeit, sondern eine sehr entscheidende Rolle spielen hier die äußeren Faktoren. Der Vollständigkeit halber möchte ich hier hinzufügen, dass es jedoch ohne einige dieser äußeren Faktoren wahrscheinlich kein emanzipatorisches Verständnis von Jugendarbeit geben würde. Beispielhaft ist da z. B. die Kultur, hier explizit die unterschiedlichen Subkulturen, welche seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine enorme Rolle für Jugendliche gespielt haben und sich größtenteils aus jugendlicher Selbstorganisation oder Unzufriedenheit heraus entwickelt haben; oder aber die Zivilgesellschaft, die sich in sozialen Bewegungen, hier im Besonderen die Jugendzentrums- und Student*innenbewegung, zusammengefunden hat, um gesellschaftliche Veränderungen und jugendliche Bedürfnisse einzufordern. Vielleicht wäre der gesamte Komplex der Jugendarbeit ohne all das einfach nur dieser Fürsorge- und Erziehungsbereich, der sich um Platzierung und Ausschließung von Jugend kümmert und sich damit gut in den sozialstaatlichen Auftrag einhegt. Das Wort „einhegen“ ist ganz bewusst gewählt, denn es steht für die Begrenzung von etwas und genau dort wird deutlich, dass Emanzipation sich eben nicht einhegen lässt, denn sie will genau die Begrenzungen oder Abhängigkeiten sprengen.

Dieser Blickwinkel ist wichtig, um zu verstehen, warum emanzipatorische Arbeit und

Jugendarbeit mit diesem Anspruch kaum vorhanden ist und sich, besonders in ländlichen Räumen, auch nicht lange halten oder durchsetzen kann. Sie steht der Hegemonie und den Zwängen bzw. Abhängigkeiten der lokalen Mehrheitsgesellschaft entgegen, ist dem nicht so, ist emanzipatorische Arbeit möglich und diesen Unterschied können wir zwischen Jugendarbeit in ländlichen und urbanen Räumen feststellen – wenngleich durch den Sozialstaatskontext die Möglichkeiten im urbanen Raum leider auch immer weniger werden.

Der Begriff Hegemonie ist ein sehr sperriger und viel diskutierter, weshalb ich meinen theoretischen Bezug zu diesem Begriff kurz darlegen muss. Ich folge hier den Ausführungen von HIRSCHFELD 2015 zu GRAMSCI, welcher Gesellschaft in zwei superstrukturellen Ebenen erklärte. Die eine Ebene ist die Zivilgesellschaft, die er als private Organismen bezeichnet, die andere Ebene die Hegemonie, welche als die politische Gesellschaft dargestellt wird. Bringt man* diese Einteilung nun mit der völlig vereinfachten Darstellung von Hegemonie als eine Art angeblich dominante Mehrheitsgesellschaft in Verbindung, wird einem schnell bewusst, dass sich emanzipatorische Arbeit und Jugendarbeit mit dem Fokus auf Selbst- und Eigenständigkeit mehr in Zivilgesellschaft als in der politischen Gesellschaft verorten muss. HIRSCHFELD ordnet Soziale Arbeit klar und deutlich der politischen Gesellschaft zu und dies bringt die bekannten Probleme für die Jugendarbeit mit sich: dass diese dann plötzlich den Wünschen der politischen Gesellschaft ausgeliefert ist, da ansonsten keine weitere Finanzierung mehr möglich wird. Denn die Zivilgesellschaft finanziert die Jugendarbeit nicht, sie ist in den ländlichen Räumen hier in Sachsen sogar nicht einmal mehr vorhanden. Will man* der Hegemonie also etwas entgegensetzen,

muss eine Aufgabe von Jugendarbeit sein, Jugend soweit zu befähigen, dass sie sich zivilgesellschaftlich organisiert. Der Einteilung von HIRSCHFELD folgend, bestehen die privaten Organismen und damit die Zivilgesellschaft aus informellen und selbstständig organisierten Verbindungen von privaten Menschen. D. h., alles Formale, was wir angeblich unter Zivilgesellschaft verstehen, wie z. B. Vereine, Religionsgemeinschaften, Stiftungen oder sonstige formal organisierte Strukturen werden zum Teil der politischen Gesellschaft und damit Teil der Hegemonie.

Für die emanzipatorische Jugendarbeit, welche nun genau diese Selbstorganisation aus der Selbst- und Eigenständigkeit heraus begleiten will, bringt dies viele Probleme mit sich. Als erstes ist es erforderlich, dass man* sich einen gewissen Grad an Autonomie erkämpft, denn eine Finanzierung wird es dafür von institutioneller Seite nicht geben, da die Selbstständigkeit zwangsläufig zu Konflikten führt. Zum anderen ist da der defizitäre und präventive Blick auf Jugend (vgl. ANHORN 2010), der der Jugend einfach nicht gerecht wird und wir leben in einer neoliberalen und sehr ungerechten Welt, sodass Konflikte im Kontext von Freiheit und Gerechtigkeit vorprogrammiert sind.

Doch was hat dies nun mit dem IST-Zustand unserer Gesellschaft, der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und dem Umgang von Jugendarbeit zu tun?

Wenn etwas mehrheitlich nicht als „schlimm“ oder menschenverachtend gesehen wird, dann ist es dem Mehrheitsgedanken folgend auch nicht „schlimm“ oder menschenverachtend. Das ist eine sehr vereinfachte Darstellung, aber sie ist die Realität in vielen sächsischen, ostdeutschen und auch anderen westdeutschen Kleinstädten und über die Grenzen Deutschlands hinaus. Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt in den einleitenden

Worten fest: „Zudem wird die Demokratie mit Einstellungen und Aktivitäten konfrontiert, die ihr mit Skepsis begegnen, sie unterhöhlen oder sie sogar offen angreifen. Dazu gehören z. B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Rechtsextremismus und -populismus“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE 2020, S. 7).

Eigentlich könnte Jugendarbeit damit losziehen und sich dieser klaren Aufgabenstellung annehmen, doch die Frage bleibt: Warum tut sie das nicht? Wie schon beschrieben, ist Jugendarbeit Teil der Sozialen Arbeit und die Soziale Arbeit ist Teil der politischen Gesellschaft, welche sich in ständigen Aushandlungsprozessen und vor allem Legitimationsdebatten befindet. In den benannten ländlichen Regionen geht es sogar noch ein Stück weiter, denn dort ist für das vom 16. Kinder- und Jugendbericht benannte Demokratiedefizit keinerlei Verständnis da oder ein völlig verschobenes, denn der sexistische, rassistische oder antisemitische Witz ist dort noch genau so o.k. wie vor hundert Jahren, und wer etwas dagegen sagt wird belächelt und gehört nicht wirklich zur Gemeinschaft. Die regionale und lokale Gemeinschaft steht besonders im Mittelpunkt und wird organisiert von den Vereinen, der Kirche, angesehenen Familien und der Lokalpolitik, es wird auch ein besonderer Lokalpatriotismus gepflegt, der „Fremden“² häufig suggeriert: Du gehörst nicht dazu. In Ostdeutschland kommt da noch eine fehlende Aufarbeitung des 2. Weltkrieges oder der staatlich verordnete Antifaschismus zur Zeit der DDR hinzu und in Sachsen eine konsequente Ignoranz gegenüber organisierten rechtsextremen Neonazistrukturen. „Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus“, als bekannter Satz von Kurt Biedenkopf³, hat schlussendlich zum Wachsen und Gedeihen des NSU beigetragen und auch die Jugendarbeit hat-

te ihren Anteil daran, indem sie sich nicht klar positioniert und einen Weg der Akzeptanz beschritten hat.

Diese Historie und die Gegenwart kollidierten mit der existierenden offenen Gesellschaft, mit den Menschenrechten, den freiheitlichen Grundwerten und besonders kollidieren diese Menschenfeindlichkeit und der darauf aufbauende Rechtsextremismus mit real existierenden Gesetzen. Es ist heute, glücklicherweise und nach langem Kampf, erlaubt, dass z. B. homosexuelle Paare heiraten. Für viele Menschen in ländlichen Räumen stellt dies nach wie vor etwas Anormales oder gar Krankhaftes dar. Diese Deutungshoheiten und Meinungsbilder zu ändern, ist Aufgabe von Zivilgesellschaft und von Jugend – doch wenn Jugend nicht selbstständig werden kann, sondern dem ländlichen Gruppenzwang erliegt, bleibt alles so, wie es ist. Wenn ein Jugendlicher in einer normal konservativen sächsischen Familie aufwächst, ist eine bestimmte Prägung vorhanden. Wenn dieser Jugendliche nicht möchte, dass alle Beziehungen abbrechen, weil er sich eben nicht dem vorgegeben Weg fügen möchte – er also selbstständig sein möchte, ist der logische Schritt, den ländlichen Raum zu verlassen (vgl. SCHMIDT-SALOMON 2016, S. 137 ff.). Sich für eine offene Gesellschaft zu positionieren oder auf Missstände im Umgang mit geflüchteten Menschen aufmerksam zu machen, kann in ländlichen Räumen Sachsens schon mal zu Anzeigen oder öffentlicher Diffamierung führen, und welcher junge Mensch möchte so seinen Alltag bestreiten oder ist selbstständig und stark genug, sich dem zu widersetzen? Für die Jugendarbeit bedeutet diese Deutungshoheit dann der Entzug von finanziellen Mitteln oder der Vorwurf von Indoktrination und die Forderung nach einer „neutralen“ Jugendarbeit (vgl. BURDUKAT 2019), die es schon vom Grundver-

ständnis her nicht gibt und ich „neutral“ hier sogar immer als „im Sinne der Hegemonie“ verstanden habe, was dann ja auch nicht neutral wäre, aber dazu gibt es viele spannende Artikel, die hier nicht der Inhalt des Textes sein sollen.

Diese Selbständigkeit von jungen Menschen zu fördern, die es braucht, um sich den alltäglichen Konflikten und Diskussionen am Küchentisch im Elternhaus, beim Familiengeburtstag oder beim Dorffest zu stellen, ist Aufgabe von emanzipatorischer Jugendarbeit und von Jugendarbeit im eigentlichen Sinne. Wenn die jungen Menschen mit ihren Bedürfnissen auf die Erwartungshaltung der Erwachsenen prallen, kommt es zum Konflikt, und nur wenn dieser verhandelt wird, kann es auch zur gesellschaftlichen Entwicklung kommen. Es geht nicht darum, dass die Jugendarbeit ihre schützende, anwaltschaftliche Hand über die Jugendlichen hält, sondern es muss darum gehen, sie soweit zu empowern, dass sie selbst für ihren Freiraum kämpfen und für ihre Bedürfnisse eigenständig einstehen. Nur über die stete Einflussnahme von jungen Menschen auf die eingehetzten ländlichen Räume wird ein Wandel einsetzen, der schlussendlich vielleicht auch dem sehr tief verwurzelten Rechtsextremismus etwas entgegensetzen kann und die geschlossenen nationalsozialistischen Weltbilder zunehmend verschwinden. Damit diese Einflussnahme auch im ländlichen Raum passiert und nicht alle Jugendlichen, die eine offene Gesellschaft wollen, ihr Engagement in die urbanen Räume verlagern, braucht es Jugendarbeit, die genau dort ansetzt, wo die ländliche Gesellschaft (oder Gemeinschaft) den Jugendlichen keinen mehr Raum bietet (und dies ist nicht die Hausaufgabenhilfe oder der Bastelnachmittag zur Adventszeit).

Jugendarbeit als Hintertür im Kampf gegen Rechtsextremismus

In Vorträgen oder auch in den von mir erarbeiteten Konzepten lege ich stets großen Wert darauf, für etwas zu sein und nicht nur einfach dagegen, denn durch das Entstehen für eine andere Welt erweitert sich mein Horizont und damit auch der Horizont der Jugendlichen, mit denen ich gearbeitet habe. Dagegen sein ist einfach, doch um für etwas zu sein, braucht es eine Utopie, wofür man* einsteht. Und genau dort sollte Jugendarbeit sein: an der Schwelle zwischen der Herausbildung der Utopie der Jugendlichen und der Wirklichkeit der Erwachsenenwelt.

Wenn wir davon ausgehen, dass der Rechtsextremismus⁴ nur eine Folge von verschiedensten ineinandergreifenden Faktoren oder Resultaten ist, ist es somit auch unmöglich, ihn isoliert als das, wogegen wir sein sollten, zu betrachten und Konzepte zu entwerfen, die sich ihm annehmen und versuchen, einzig und allein dieses eine Phänomen zu bearbeiten. HEITMEYER 2018 stellt in seinen Ausführungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit fest, dass wir die Menschenfeindlichkeit auf tief in der Gesellschaft sitzende reaktionäre und konservative Einstellungen zurückführen können. Die aktuelle Lage und der scheinbare Anstieg der Demokratiefeindlichkeit lässt sich nach HEITMEYER mit dem fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel erklären – es gibt einfach sehr viele Menschen, die sich gegen diesen Wandel sträuben, ihn verhindern und ihre bisherige Vormachtstellung nicht aufgeben wollen. Dieser Wandel ergibt sich jedoch aus den globalen Rahmenbedingungen und findet statt, ob das nun gewollt oder nicht gewollt ist, aber die Globalisierung und die stete Zerstörung unserer Erde lassen sich nun einmal nicht mehr rückgängig machen. Hinzu kommen die bereits angesprochenen Ge-

setze, Regelungen und Erklärungen, die die Existenz einer freien und gleichen Welt, zumindest auf dem Papier, zusichern. Die offene Gesellschaft ist real, aber sie ist nicht von allen gewollt und die Spitze dieser Ablehnung sind z. B. rechtsextreme Organisationen.

Wenn wir dies mit den zuvor skizzierten Kontexten der ländlichen Räume in Verbindung bringen und wir seit Jahrzehnten eine stete „Landflucht“ feststellen oder eine konsequente Ignoranz von jugendlichen Ideen und Wünschen durch die Welt der Erwachsenen beobachten, dann erscheinen all diese Entwicklungen als gar nicht so sonderbar. Vielmehr wird dadurch zum wiederholten Male deutlich, was der Arbeitsauftrag von Jugendarbeit sein kann, sofern Jugendarbeit übereinkommt, dass dies ihr Auftrag ist. Uns der Spitze des Eisberges der Menschen- und Demokratiefeindlichkeit, also dem Rechtsextremismus, zu widmen, wird noch nicht dafür sorgen, dass der Eisberg verschwindet, also braucht es eine viel breiter angelegte Herangehensweise. Ohne Eisberg auch keine gefährliche Spitze des Eisbergs, wengleich sie wahrscheinlich dennoch da wäre, aber sie hätte keine Verankerung in der Gesellschaft und könnte wahrscheinlich auf eine Kleinstgruppe reduziert werden, die aufgrund von Nachwuchsproblemen irgendwann auch verschwindet. Gegenwärtig ist er jedoch die Spitze und hat, gerade in ländlichen Räumen, eine breite Rückendeckung, die sich nicht unbedingt in Zustimmung äußern muss, denn die unwidersprochene Toleranz von derartigen Einstellungen reicht schon aus, um diese weiterzutragen.

Für die Jugendarbeit muss dies bedeuten: Sie muss über eine viel intensivere Nachhaltigkeit ihrer Arbeit nachdenken. BÖHNISCH 2020 fordert für eine Pädagogik der Nachhaltigkeit sogar als Erstes eine Art von sozialer Bewegung unter den Sozialarbeiter*innen. Diese Nachhaltigkeitsperspektive kann dazu

führen, dass wir über viele Jahre hinweg junge Menschen dabei begleiten, für sich selbst eine Selbst- und Eigenständigkeit zu entwickeln und sie dabei unterstützen, Konflikten mit der Gesellschaft der Erwachsenen nicht aus dem Weg zu gehen, sondern diese sogar öffentlich zu verhandeln. Wenn dies passiert, wird über die Jahre ein Wandlungsprozess einsetzen, der die existente diskriminierende Hegemonie in ländlichen Räumen aufbricht und somit den menschenfeindlichen Einstellungen das Fundament entzieht. Wenn am Küchentisch, in den Betrieben, Ausbildungsstätten, beim Dorffest und in den kommunalen Verwaltungen menschenfeindliche Aussagen nicht unkommentiert bleiben, wird sich Stück für Stück ein Wandlungsprozess vollziehen. Damit diese Kommentierung passiert, braucht es jedoch Menschen, die dort intervenieren, denn es sind die alltäglichen Gespräche in der Schule, auf Arbeit, in der Familie oder im Freundeskreis, die dafür sorgen, dass die Menschenfeindlichkeit von Generation zu Generation weitergegeben wird und sich rechtsextreme Strukturen immer wieder neu bilden und finden. Jugendarbeit muss hier

ihren Beitrag leisten, indem sie eben nicht nur hilft oder die Politik und Erwachsene zufriedenstellt – sondern sie muss ihren Beitrag leisten, dass junge Menschen in ihrer Adoleszenzphase beginnen, sich zu organisieren, um für die offene Gesellschaft und die Freiheit einzustehen, die sich jeder junge Mensch wünscht. Damit leistet Jugendarbeit einen Beitrag zum steten Abbau von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und begleitet zukünftige Generationen dabei, die auf dem Papier bereits festgehaltenen Werte von Freiheit und Gleichheit auch irgendwann Wirklichkeit werden zu lassen.

Eine andere Welt ist möglich, vielleicht nicht mehr durch uns, aber durch die jungen Menschen, die sich eben diese andere Welt erträumen. Und wer wären wir, würden wir sie nicht bei ihren Träumen unterstützen.

AUTOR

Tobias Burdukat

Lange Str. 10 · 04668 Grimma

Tel.: +49 172 34 44 817

Mail: mail@tobias-burdukat.de

Home: <http://tobias-burdukat.de>

Anmerkungen

- 1 Aus heutiger Perspektive muss dies so dargestellt werden, da ich zum damaligen Zeitpunkt nicht wusste, ob sich eine derartige Konzeption im ländlichen Raum umsetzen lässt. Heute wird diese Konzeption von einer neuen Sozialarbeiterin weiterentwickelt, um irgendwann Auskunft darüber zu geben, wie nachhaltiges, professionelles Handeln in der Jugendarbeit aussehen kann und wie Jugendarbeit auch über Generationen hinweg funktionieren könnte.
- 2 Meint hier nicht ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch Menschen, die nicht im ländlichen Raum oder der jeweiligen Kleinstadt geboren sind, sondern aus urbanen Räumen in die kleinen Städte ziehen.
- 3 Ministerpräsident von Sachsen 1990 – 2002
- 4 Die Verwendung des Rechtsextremismusbegriffes deutet immer wieder auf das Hufeisenmodell, welches heute als überholt angesehen wird (vgl. Bundesministerium für Familie 2020, S. 103 ff.).

Literatur

ANHORN, ROLAND (2010): „Von der Gefährlichkeit zum Risiko – Zur Genealogie der Lebensphase „Jugend“ als soziales Problem“. In: HANDBUCH JUGEND-

KRIMINALITÄT. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23 – 42.

BÖHNISCH, LOTHAR (2020): **Sozialpädagogik der Nachhaltigkeit**: eine Einführung. 1. Auflage. Zukünfte. Weinheim: Beltz Juventa.

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2020): **16. Kinder- und Jugendbericht**. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin: Deutscher Bundestag Drucksache 19/24200.

BURDUKAT, TOBIAS (MÄRZ 2018): **Dorf der Jugend**, Offene Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum. Forschungsbericht 14. Hochschule Mittweida Fakultät Soziale Arbeit.

– (März 2019). „**Stellungnahme FJZ e.V. zur Ablehnung der Anerkennung nach §75 SGB VIII**“. In: <http://tobias-burdukat.de>.

– (März 2020). „**Wie Soziale Arbeit sich selbst ersetzbar macht!**“ In: <http://tobias-burdukat.de>.

CREMER-SCHÄFER, HELGA (2001): „**Ein politisches Mandat schreibt man sich zu**“. In: **Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?** Hrsg. von ROLAND MERTEN. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

HEITMEYER, WILHELM (2018): **Autoritäre Versuche**. Edition Suhrkamp. Berlin: Suhrkamp.

HIRSCHFELD, UWE (2015): **Beiträge zur politischen Theorie Sozialer Arbeit**. 1. Aufl. Werkstatt-Texte 5. Hamburg: Argument Verlag.

KUNSTREICH, TIMM (2001): „**Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit**“. In: **Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat?** Hrsg. von ROLAND MERTEN. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

MÜLLER, C. W. U. A. (1972): **Was ist Jugendarbeit?** Vier Versuche zu einer Theorie. 6. Auflage. Juventa-Paperback. München: Juventa-Verlag.

SCHMIDT-SALOMON, MICHAEL (2016): **Die Grenzen der Toleranz** – Warum wir die offene Gesellschaft verteidigen müssen. München/Berlin: Piper Verlag.

SEITHE, MECHTHILD (2012): **Schwarzbuch Soziale Arbeit**. 2., durchges. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Anzeige



DIE DSGVO DATENSCHUTZ IN DER JUGENDARBEIT



Datenschutz ist für viele zu einer Art Unwort des Jahres 2018 geworden. Gerade in Vereinen und kleineren Betrieben war die Verunsicherung im Kontext der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) groß. Mit dem Stichtag am 25. Mai 2018 gingen zahlreiche Internetauftritte offline, Newsletter-Verteiler wurden auf „Null“ gesetzt und Messenger-Dienste wie WhatsApp aus dem Berufsleben verbannt. Das überaus wünschenswerte Ziel, persönliche Daten in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft zu schützen, wurde insbesondere für Träger der Jugendhilfe zu einem Kraftakt, der die Erregungenschaften der DSGVO in den Schatten stellte.

Herausgeber: Fachverband Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit Brandenburg e.V., Landesjugendring Brandenburg e.V. (Hrsg.)

Download:

https://offene-jugendarbeit.net/pdf/DSGVO_Handbuch_FJB_2019

Jugendzentren im Visier

Dass ein Jugendzentrum in Ungnade fällt, ist kein neues Phänomen. Dazu braucht es oft nicht viel: Lärm, Müll, ein heimlich gerauchter Joint hinterm Haus, ein Punk-Konzert. Meist lassen sich solche Konflikte aber auch lösen. Anders sieht es aus, wenn Einrichtungen gezielt attackiert werden. Wer sich auf Spurensuche begibt, muss nicht lange recherchieren. Dass Jugendtreffs mit rechten Parolen und Hakenkreuzen beschmiert werden, scheint bundesrepublikanische Tagesordnung. Dass Kommunalpolitiker*innen Druck ausüben, ist auch kein Einzelfall mehr. Beängstigend wird es vollends, wenn die Offene Jugendarbeit ins Visier gewaltbereiter Täter*innen gerät.

Einige Beispiele aus diesem gesamten Spektrum werden hier erzählt. Die Auswahl ist relativ willkürlich. Geschildert werden „Vorfälle“ aus Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Bremen und Schleswig-Holstein. Aber „Vorfälle“ gibt es in allen Bundesländern.

Fall Pinneberg

Wenn eine Gruppe von Jugendlichen in einer Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit selbstorganisiert eine hochkarätige Veranstaltungsreihe ins Leben ruft, die sich u. a. mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, den Brandanschlägen von Mölln und Opfern rassistischer und rechter Gewalttaten auseinandersetzt und damit ein beachtliches jugendliches Publikum erreicht, sollte dies eigentlich preisverdächtig sein. Nicht umsonst gibt es Bundesprogramme

wie „Demokratie leben!“ oder „Jugend erinnern“, die explizit das Engagement Jugendlicher zum Ziel haben. „Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention“ wünscht sich die Bundesregierung und postuliert: „Das Erinnern und das Eintreten gegen Antisemitismus, Antiziganismus und jegliche Form von Diskriminierung und Rassismus gehören untrennbar zusammen. (...) Wir brauchen ein Erinnern für die Gegenwart.“ Wenn also die 91-jährige Zeitzeugin MARIANNE WILKE, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und in Schleswig-Holstein langjährige Landesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der städtischen Jugendeinrichtung Geschwister-Scholl-Haus zu Gast ist, dürfte das der politischen Wunschliste doch entgegenkommen?

In der Kreisstadt Pinneberg in Schleswig-Holstein war dem nicht so. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“, das ist die zentrale Lehre, die im Grundgesetz verankert ist. Diesen Anti-Faschismus aber im Namen zu führen, stieß der parteilosen Bürgermeisterin URTE STEINBERG und einigen Kommunalpolitiker*innen schwer auf. Hatten sich die Jugendlichen doch erdreistet, sich „Antifa-Café“ zu nennen, und das im Geschwister-Scholl-Haus. Der Name müsse weg, ansonsten drohe der Rauswurf, wurde den Jugendlichen wohl via Hausleitung übermittelt. Die Antifa-Café-Leute wollten aber keine Namensänderung. Laut Presseberichten sprach die Leitung des Jugendzentrums daraufhin ein Hausverbot aus. Die Bürgermeisterin ruderte jedoch

zurück, es habe sich um ein „Missverständnis innerhalb der Verwaltung“ gehandelt. Ein echtes Hausverbot im rechtlichen Sinne eines Betretungsverbots habe es nicht gegeben. „Grundsätzlich kam die Frage auf, ob der Name ‚Antifa Café‘ möglicherweise negativ behaftet sein könnte wegen G20 und den linksextremen Krawallen“, erläuterte Rathaussprecherin MAREN USCHKURAT der taz. Es werde aber akzeptiert, wenn die Gruppe sich weiterhin so bezeichnen wolle und sie könne die Räume weiterhin nutzen. Das war Anfang November 2019.

Am 10. März 2020 tagte dann der Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend und hatte auf der Tagesordnung einen Änderungsantrag parat. Bislang galt in der Benutzungsordnung für die städtischen Jugendeinrichtungen (neben dem Geschwister-Scholl-Haus auch der Kinder- und Jugendtreff Komet und der Schüler- und Jugendtreff Club Nord) der Paragraph 3:

„Eine Nutzung der Einrichtungen für private, gewerbliche, kommerzielle, parteipolitische oder religionsgemeinschaftliche Zwecke ist grundsätzlich nicht zulässig. Über Ausnahmen entscheidet die Bürgermeisterin.“

Die CDU beantragte nun, das Wort „parteipolitische“ durch das Wort „politische“ zu ersetzen. Der Antrag wurde mit Stimmen der CDU, FDP und Bürgernahen gegen die Stimmen von SPD und Grünen mehrheitlich angenommen. Damit sind seither faktisch alle politischen Veranstaltungen und jegliche politische Bildung in städtischen Jugendeinrichtungen in Pinneberg verboten. Gruppen wie Fridays for Future oder auch das Antifa-Café dürfen dort nicht mehr beherbergt werden.

Mit der Debatte um das Antifa-Café soll dies laut CDU-Vorsitzender und Bürgervorsteherin NATALINA DI RACCA-BOENIGK jedoch gar nichts zu tun haben. Sie erklärte

der taz, der Antrag sei erfolgt, nachdem die CDU-Jugendorganisation Junge Union die Räume in dem Jugendzentrum nicht nutzen durfte: „Wenn schon parteipolitische Veranstaltungen untersagt sein sollen, warum sollten dann nicht politische Veranstaltungen untersagt werden?“ Einen Konflikt mit dem bildungspolitischen Auftrag der Jugendarbeit sieht sie nicht (taz, 5.3 und 12.3.2020). Andere Medien berichten, die CDU habe den Antrag damit begründet, dass der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ die Nutzung verwehrt worden sei.

Die Jugendlichen vom Antifa-Café haben eine entschieden andere Einschätzung. Sie erklärten: „Nichtsdestotrotz wollen wir darauf aufmerksam machen, dass wir bei dem Verbot von politischer Arbeit längst nicht die einzigen Leidtragenden sind. Alle Lebensbereiche werden durch Politik bestimmt, deshalb ist auch jede Form von Bildung und Erziehung politisch. Somit wäre ein Verbot politischer Arbeit in Jugendhäusern ein Verbot jeglicher Jugendarbeit. Das Stattfinden fast sämtlicher Veranstaltungen in Jugendhäusern wäre damit auf der Kippe, denn wie könnten Poetry Slams, Naturprojekte, Kleidertauschpartys, Theateraufführungen oder Ähnliches zukünftig unpolitisch gestaltet werden? Die Jugendhäuser Pinnebergs sind wichtige Orte des Austauschs und des Miteinanders, in welche von Pädagog*innen, Ehrenamtlichen und Jugendlichen viel Mühe und Zeit investiert wird. Ein Verbot politischer Arbeit würde dies leider ohne begründbare Grundlage verhindern“ (AFN News, 8.2.2021).

Der Antrag der CDU könnte jedoch das Kinder- und Jugendhilfegesetz unterlaufen, dessen Paragraph 11 als Schwerpunkte der Jugendarbeit auch „außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung“

festlegt. Darauf verwies auch MELANIE GROSS, Professorin für Erziehung und Bildung an der Fachhochschule Kiel und nannte die politische Bildung eine zentrale Aufgabe der Jugendarbeit und der sozialen Arbeit: „Vor dem Hintergrund des erstarkenden Autoritarismus und Rechtsrucks in der Gesellschaft müssen demokratische Akteur*innen hier besonders aufmerksam und sensibel sein und dürfen solche Anträge nicht unterstützen“ (taz, 12.3.2020).

Empörung gab es auch von den Grünen und der SPD, die jeweils rechtliche Schritte prüfen wollen.

Während das Antifa-Café seither „aus dem Exil“ grüßt, sollten CDU, FDP und Bürgernahe in Pinneberg weiterhin wachsam bleiben. Es besteht durchaus Grund zu weiterer Beunruhigung, verkündete doch erst jüngst eine Produktion des GSH-Jugendzentrums im „Radio Pinneberg“: „Ihr hört antifaschistische Musik zur Verabschiedung von Donald Trump.“

Fall Bremen

Es ist die Nacht von Samstag auf Sonntag Mitte Februar im letzten Jahr, kurz nach Mitternacht. Im selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrum „Die Friese“ im links-alternativen Bremer Steintorviertel geben „Weird Dust“ aus Brüssel und „Fyoelk“ aus Antwerpen ein Konzert. An die dreißig Besucher*innen feiern im Erdgeschoss, als sie Rauch bemerken. Im ersten Stock ist ein Feuer ausgebrochen. Gäste, Band und Helfer*innen können das Gebäude schnell räumen, sie haben Glück, weil im gesamten Gebäude Brandschutztüren verbaut sind. Die Feuerwehr löscht mit Atemschutzmasken, nachdem es keine Glutnester mehr gibt, versiegelt die Polizei den Raum. Kurz vor drei Uhr morgens brennt es erneut im ersten Stock, wieder rückt die Feuerwehr an. Die Polizei wird auf drei Sticker mit rechtsextremen

Motiven aufmerksam gemacht, wenigstens zwei davon sind frisch aufgeklebt, einer an der Außentür, einer mit klarem Bezug zu einer neonazistischen Organisation, die im Bremer Land „Gegner“ einschüchtert. Weil es keinen Hinweis auf einen technischen Defekt gibt, der Brandmeister sich das erneute Feuer nicht erklären kann und die Nazi-Sticker ja eventuell eine Botschaft sein könnten, geht die Bremer Staatsanwaltschaft vom Verdacht auf Brandstiftung aus, auch der Staatsschutz wird eingeschaltet. Vorläufig wird „in alle Richtungen“ ermittelt, das Landeskriminalamt prüft, ob die Sticker mit der Tat in Zusammenhang stehen könnten. Die Staatsanwaltschaft lässt verlauten, es könne derzeit „keine belastbare Einstufung der Delikte als politisch motiviert“ erfolgen.

Der Fall ist bis heute nicht aufgeklärt.

Fall Erfurt

Das Autonome Jugendzentrum in Erfurt hat nicht nur eine höchst interessante Geschichte, sondern bietet Jugendlichen auch vielfältige Möglichkeiten. Am 5. Mai 2016 sind Tagestemperaturen von 18 Grad angesagt, es ist ein strahlend schöner Tag: Himmelfahrt. Im Hof des Jugendzentrums findet ein Grillfest statt, als einschlägig bekannte Rechtsextremisten aus dem Umfeld der Erfurter Neonazi-Gruppe „Kollektiv 56“ die feiernden Jugendlichen mit Pfefferspray und Flaschen attackieren, ihnen Schläge und Tritte verpassen und derweil faschistische Parolen brüllen.

Im Juli 2017 dringt einer dieser Täter in Begleitung erneut ins Jugendzentrum ein und verletzt mit Verweis auf den Überfall an Himmelfahrt Jugendliche zum Teil schwer. Die angegriffenen Jugendlichen werden wie die Täter erkenntungsdienstlich behandelt, das Verfahren gegen diese Täter wird später eingestellt.

Der Angriff am 5. Mai kam nach vier Jahren vor Gericht. Von mindestens zehn Tätern wurden lediglich zwei wegen gefährlicher Körperverletzung zur Rechenschaft gezogen. Über den Ausgang des Prozesses berichtet dpa am 24. Januar 2020:

„Mit einem Freispruch und der Einstellung des Verfahrens ist am Dienstag der Prozess ... zu Ende gegangen. Das Amtsgericht sah keine nachweisbare Tatbeteiligung und sprach den 37 Jahre alten Angeklagten vom Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung in mehreren Fällen sowie vom Hausfriedensbruch frei. Das Verfahren gegen einen 27-Jährigen wurde eingestellt.“

An der Gerichtsentscheidung gibt es heftige Kritik.

Fall Greifswald

Im Januar 2020 wird das Jugendzentrum klex in Greifswald zur Zielscheibe von Rechtsextremisten und weckt böse Erinnerungen an die sog. „Baseballschläger-Jahre“. Der Stadtjugendring Greifswald e.V. schildert in einer Stellungnahme die Ereignisse (<https://sjr-greifswald.de/2020/01/stellungnahme-brandanschlag/>):

„Der Stadtjugendring Greifswald e.V. verurteilt den Anschlag, der am Sonntagabend auf das Jugendzentrum klex verübt wurde. Bislang unbekannte Täter warfen gegen 19:50 Uhr Molotowcocktails auf die Treppe der Eingangstür in der Langen Straße 14. Dank aufmerksamer Zeugen wurden umgehend Polizei und Feuerwehr verständigt. Es ist keinerlei Schaden entstanden. Der Staatsschutz der Kriminalpolizeiinspektion Anklam hat die Ermittlungen aufgenommen.“

Die versuchte schwere Brandstiftung reiht sich ein in eine Serie von aggressiven Vorfällen, die sich am Wochenende gegen das Jugendzentrum klex richteten. In der

Nacht von Freitag auf Samstag wurden Vereinsmitglieder von einer Gruppe bedroht, die rechtsextreme Parolen riefen und ein Fahrrad an die Eingangstür schleuderten. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden Besucher*innen einer Veranstaltung auf dem Innenhof mit Feuerwerkskörpern beschossen. Ein Zusammenhang zwischen den Angriffen und ein politisch motivierter Hintergrund sind gegenwärtig nicht auszuschließen.

Hierzu erklären LUCILE SOUQUET und STEPHAN HAESE, Vorstandssprecher*innen des Stadtjugendrings:

„Wir sind schockiert von diesen gezielten Angriffen und der Bereitschaft, die Sicherheit und das Leben von Menschen zu gefährden. Es ist absolut inakzeptabel, dass Jugendzentren zur Zielscheibe von Gewalt werden. Nur durch einen glücklichen Zufall entflammten die Brandsätze nicht. Die Täter haben bewusst in Kauf genommen, dass sich zum Zeitpunkt des Brandanschlags Menschen in den Räumen befunden haben könnten. Wir erwarten, dass die polizeilichen Ermittlungen mit Nachdruck geführt werden, um die Täter schnellstmöglich zur Verantwortung zu ziehen. Wir bitten alle Zeugen, die mit Hinweisen und Beobachtungen weiterhelfen können, sich an die ermittelnden Polizeidienststellen zu wenden.“

Wir sind dankbar für die zahlreichen Solidaritätsbekundungen, die uns erreichen. Wir zeigen uns solidarisch mit weiteren Trägern der Jugendarbeit und Zivilgesellschaft, die in den vergangenen Tagen Opfer von Angriffen und Einschüchterungsversuchen wurden.

Wir lassen uns von dem Anschlag nicht einschüchtern und werden uns als Träger des Jugendzentrums klex weiterhin mit voller Überzeugung dafür einsetzen, dass sich Besucher*innen, Vereinsmitglieder und Mitarbeitende jederzeit sicher fühlen können.“

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums Neubrandenburg bestätigte den „Verdacht der versuchten schweren Brandstiftung“ und veröffentlichte eine Personenbeschreibung (<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/108747/4503768>). Weiter wird festgestellt:

„Sachschaden ist nicht erstanden. Zum möglichen Motiv gibt es derzeit keinerlei Erkenntnisse.“

Zu den Tätern bis dato ebenso wenig.

Fall Wangen

Das selbstverwaltete Jugendzentrum Tonne im Allgäu wurde 1971 gegründet und gehört zu den ältesten autonomen Jugendzentren Deutschlands. Die Jugendlichen positionieren sich klar gegen Rechts, was nicht überall helle Begeisterung auslöst. Im Frühjahr und Sommer 2019 tauchen in Wangen vermehrt rechte und rassistische Schmierereien auf, auch die Tonne wird von den unbekanntem Tätern bedacht. Anfang Dezember stößt dann einigen Stadträten ein Banner in der Tonne übel auf: „Support your local Antifa“, verkündet es.

Ein CDU- und ein FDP-Mann fragten sich, ob dies nicht als Aufruf verstanden werden könne, antifaschistische, womöglich gewaltbereite und rechtsstaatsfeindliche linksradikale Gruppierungen zu unterstützen. Und diese Grübeleien führten zum nächsten Gedankengang: dass man dann doch eventuell die Mittel kürzen sollte. Der AfD Bodenseekreis gefiel die Deko im Jugendzentrum auch nicht:

„Das Banner hängt seit rund einem Jahr, übrigens zusammen mit einem Bild des kommunistischen Massenmörders Che Guevara.“

Der Ernesto war den Stadträten offensichtlich glatt entgangen. Deren Grübeleien gingen der AfD auch auf den Geist,

denn „Support your local Antifa“ heiße „zu deutsch etwa: ‚Unterstütze deine örtliche Antifa!‘“. Und so kann man das auch tatsächlich ungefähr übersetzen. Deshalb rügte die AfD vom Bodensee: „Wer so scheinheilig fragt, disqualifiziert sich selbst.“ Und dass TILO SCHÜRER, Vorsitzender des Jugendzentrums, auf Anfrage erklärte, das Banner hänge noch und werde auch hängen bleiben, schlug der Tonne den Boden aus:

„In staatlich finanzierten Gebäuden haben politische Parolen wegen der politischen Neutralitätspflicht nichts zu suchen, erst recht nicht Banner oder Bilder extremistischer, terroristischer Vereinigungen oder Personen. Absetzung SCHÜRERS und kein Geld für dieses dunkelrote Jugendzentrum! Der Staat darf Verfassungsfeinde nicht unterstützen. Das Zentrum muss geschlossen werden, wenn es nicht auf den Boden der freiheitlich- demokratischen Grundordnung zurückkehrt.“ (AfD Bodenseekreis, 12.12.2019)

Nach dem öffentlichen Missmut der Stadträte schlugen Unbekannte am 8. Dezember eine mit Drähten verstärkte Scheibe des Jugendzentrums ein. Am 17. Dezember kleben Unbekannte Propagandamaterial der neonazistischen Klein-Partei „Der Dritte Weg“ an, darauf ein Porträt von RUDI DUTSCHKE samt dem Spruch: „Rudi Dutschke wäre heute einer von uns!“

Am 26. Januar 2020 schlugen Unbekannte nachts um 2:15 Uhr die linke Scheibe der Eingangstür ein. Im Haus sind noch Jugendliche beim Aufräumen, die den oder die Täter aber nicht mehr sehen. Sie rufen sofort die Polizei, die um halb drei kommt.

„Die Polizist:innen dokumentierten das Geschehene, nahmen die Personalien auf und fragten uns, ob wir sicher wären, dass das niemand von uns war.“ (Statement Jugendliche)

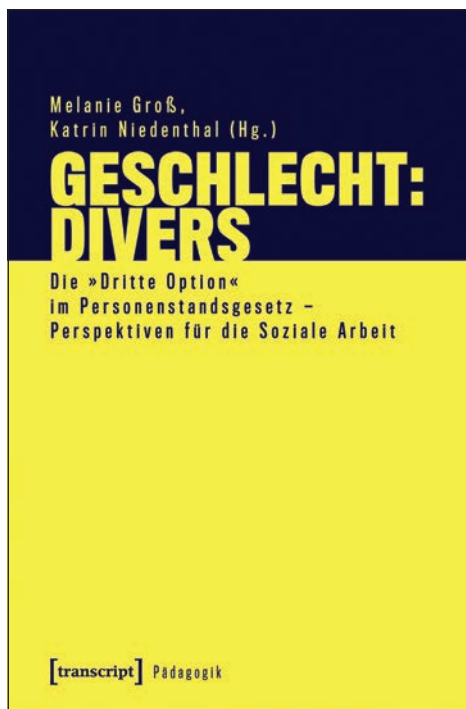
Der Fall ist bislang nicht aufgeklärt.

Kein Ende (in Sicht)

Diese Liste lässt sich beinahe endlos fortführen. Es ist eine bedrückende, deprimierende Lektüre und die Aufklärungsquote von Polizei und Staatsschutz scheint auch kein Anlass zum Jubel. Aber es gibt auch eine positive Seite, die oft genug dort anfängt, wo

die Fallschilderung aufhört: Nämlich mit Mitmenschen, die sich solidarisieren und aufstehen und das alles nicht mehr mit einem Schulterzucken hinnehmen wollen. Und dann gibt es natürlich die Jugendlichen, die sich weiter einsetzen für eine gerechtere Welt und sich auch von Anfeindungen nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Anzeige



Seit der Novellierung des Personenstandsgesetzes im Dezember 2018 ist neben weiblich, männlich und keinem Eintrag auch der Geschlechtseintrag divers möglich. Mit dieser sogenannten Dritten Option, die nun auch inter- sowie nicht-binär trans*geschlechtlichen Menschen eine rechtliche und soziale Sichtbarkeit ermöglicht, sind jedoch längst nicht alle erforderlichen rechtlichen und sozialen Bedingungen zur Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt umgesetzt. Die Anerkennung weiterer Geschlechterkategorien macht fachliche Reflexionen, (sozial-)pädagogische Konzeptionen und institutionelle Umgestaltungen in der Sozialen Arbeit notwendig. Die Träger*innen des Bandes leisten mit Blick auf die Kategorie Intergeschlechtlichkeit eine kritische Analyse des gesellschaftlichen und fachlichen Diskurses zur Gender-Diversity in der Sozialen Arbeit und zeigen Perspektiven für die künftige Gestaltung (sozial-)pädagogischer Prozesse in verschiedenen Handlungsfeldern.

Melanie Groß, Katrin Niedenthal (Hg.)

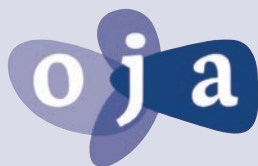
Geschlecht: divers

Die »Dritte Option« im Personenstandsgesetz – Perspektiven für die Soziale Arbeit

Februar 2021, 264 S., kart., 1 SW-Abb.

34,00 €, ISBN 978-3-8376-5341-0 · E-Book PDF: 33,99 €, ISBN 978-3-8394-5341-4

Weitere Informationen und Bestellung unter: www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5341-0



Alles Wissen in der
Offenen Jugendarbeit

Alles Wissen in der Offenen Jugendarbeit – für Theorie und Praxis an einem Ort

Auf dieser Website (www.oja-wissen.de) finden Sie ausgewählte Einblicke in die Theorie und Praxis dieses spannenden Arbeitsfeldes. Die Stärkung der Fachlichkeit und Qualität ist uns ein besonderes Anliegen. Deshalb bieten wir Ihnen im Rahmen dieser Website eine umfassende Sammlung von Fachartikeln, Videos, Praxiswissen und vielem mehr!

Diese von Expert*innen ausgewählte Sammlung ist im Dreiländerverbund Deutschland, Österreich und Schweiz entstanden und bietet auch Einblicke in die Themen und Entwicklungen in den jeweiligen Nachbarländern. Alle Beiträge haben einen expliziten Bezug zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit oder sind für sie besonders relevant und weisen zudem eine theoretische Fundierung auf.

Unser Bestreben ist es, diese Website kontinuierlich mit aktuellen und interessanten Materialien rund um die Offene Jugendarbeit zu versorgen. Vermissen Sie interessante, wissenswerte Materialien auf dieser Seite? Bitte senden Sie uns diese zu, ein Redaktionsteam wird über Ihren Vorschlag beraten und Sie werden Antwort bekommen: redaktion@oja-wissen.info

Alles Wissen der Offenen Jugendarbeit ist ein Projekt
der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. (AGJF)
in Kooperation mit der **Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugend-**
einrichtungen e.V. (BAG OKJE),
des bundesweiten Netzwerkes Offene Jugendarbeit Österreich (boJA) und
des Dachverbandes Offener Kinder- und Jugendarbeit der Schweiz (DOJ)



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union

www.oja-wissen.de

IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.)** ist seit 2005 Herausgeber der seit 1991 regelmäßig erscheinenden Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT**.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.), Lehderstr. 117, 13086 Berlin, Telefon: 030-32599 200 (allgemein), Telefon: 030-32599 202 (speziell für OJA-Bestellungen), Fax: 030-32599 298, E-Mail: info@bag-okje.de (für Anfragen an die BAG OKJE im allgemeinen), E-Mail: oja@bag-okje.de (für Anfragen, Bestellungen etc. zur OJA), Ansprechpartner: Volker Rohde • **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Hegelstr. 48, 72072 Tübingen, www.tbv-verlag.de, E-Mail: bfehrlen@t-online.de, ISSN 0940-2888 • **Gestaltung:** KOHLERDESIGN, www.kohler-design.de • **Druckauflage:** 1.500 Exemplare, 4 x jährlich • **PDF-Abonnten:** ca 5.000 • **LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege • **Internet:** www.offene-jugendarbeit.net • **Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen • **Anzeigen:** Volker Rohde (BAG), Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage. Falls Sie Fragen haben, ist Volker Rohde Ihr Gesprächspartner, Telefon: 030-32599 200, E-Mail: info@bag-okje.de

OFFENE JUGENDARBEIT erscheint viermal jährlich, Einzelpreis Druckausgabe **6,- €** (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement **15,- €** (inkl. Versandkosten), Zeitschrift als PDF **3,- €**, Bestellung unter www.tbv-verlag.de. Für Mitglieder der BAG OKJE e.V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e.V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend